Nr. 254. Halle a. S., Freitag den 28. Oktober 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.66 Mk. exkl. Postbestellg.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die laufende Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

## Mirbachs Ehrentag.

„Mit einer großen Sensation war es wieder nichts. Ja man konnte nicht einmal von ungeteiltem Interesse des Hauses an der alten, längst vergilbten Geschichte sprechen."

So verkündet das Organ des preußischen Polizeiministers, der Berliner Lokalanzeiger, am gestrigen Abend nach der Besprechung der freisinnigen Mirbach-Interpellation. Herr v. Hammerstein ist mit seinem Abgeordnetenhause zufrieden, und sein Freund Mirbach kann es auch sein. Wem aber der Lokalanzeiger zu parteiisch dünkt, der lese die Tägliche Rundschau. Er wird dort die Bemerkung finden:

... Aber das hohe Haus in der Prinz Albrecht-Straße ist eben das „Parlament, in dem man sich langweilt", und da kann es nicht weiter wundernehmen, wenn auch schließlich die große Mirbachiade ausging wie das platteste Hornberger Schießen.

Und, da aus dreier Zeugen Mund die Wahrheit kund wird, vernehme man noch die Stimme der linksfreisinnigen radikalen Berliner Zeitung:

Wieder einmal konnte man heute konstatieren, wie tief das Niveau des Dreiklassenparlaments unter dem eines aus dem Volkswillen hervorgegangenen Parlaments steht, wie es der Reichstag ist ... Die Debatte versagte kläglich ... Der Gesamteindruck der Debatte war der: dieses Haus ist dieses Ministers wert.

Die parlamentarische Besprechung eines Skandals, der monatelang im Inlande wie im Auslande das denkbar größte Aufsehen erregt hat, ist wirklich „keine Sensation" gewesen, sie war wirklich das „platteste Hornberger Schießen", sie war wirklich eine „kläglich versagende Debatte". Herr Träger, der die Interpellation begründete, gehört gewiß zu den sympathischeren Erscheinungen der Freisinnigen Partei. Aber abgesehen davon, daß er ein mittelmäßiger Redner ist — wer und was steht hinter ihm? Das kleine Häuflein einer ständig zusammenschmelzenden Partei, die noch mehr ob ihrer Schwäche verachtet als ob ihrer Grundsatzlosigkeit gehaßt wird, einer Partei, die gerade noch den Mut hat, der Sozialdemokratie einige Sottisen zu sagen, im übrigen aber sich ängstlich scheut, nach irgend welcher Seite ernsteren Anstoß zu erregen. Energie- und temperamentlos war auch die Rede des freisinnigen Barden. Als wohlerzogener Abgeordneter versagte er sich völlig, auf die Affäre Mirbach einzugehen, „so weit sie nicht unter die Kompetenz des hohen Hauses fällt". Die ganze Lastersymphonie der Mirbachiade blieb ohne Widerklang, und nur darum schien es sich zu drehen, ob die Oberpräsidenten eine x-beliebige Sammlung „amtlich" oder „nichtamtlich" unterstützt hatten.

Herr Hammerstein hat zum erstenmal in seinem Leben einen Gegner gefunden, dem seine pittoreske Beredsamkeit einigermaßen gewachsen war. Der Minister beeilte sich natürlich, alle heiligen Eide darauf zu schwören, daß die Aktion der Oberpräsidenten „nichtamtlich" gewesen wäre. Der ganze Mosaikbettel erschien als ein freiwilliger Akt der Frömmigkeit, der Liebe und des Patriotismus — und die einzige Antwort, die diese ministerliche Darstellung verdiente, ein schallendes Gelächter, blieb aus. Selbst der hilflose Versuch des Ministers, sein unaufrichtiges Verhalten vom Juli — wo er sich über den Bettel, den er selbst leitete, erst „informieren" zu müssen vorgab — fand, obwohl sich mancher darüber seine eigenen Gedanken machen mochte, wenigstens äußerlich ungeteilten Beifall. Das Zentrum schoß noch den Vogel ab durch die vielleicht unfreiwillig ironische Erklärung, es wolle sich in eine „innere Angelegenheit der evangelischen Kirche" nicht einmischen. Herr Heydebrand v. d. Lasa, der Konservative, pries darauf Herrn v. Mirbach tatsächlich als einen Heiligen der evangelischen Kirche, der strebsame, nationalliberale Prof. Friedberg, der frühere Abgeordnete unserer Stadt Halle, zog gegen die „Hetzpresse" vom Leder, und schließlich ließ es sich auch Hr. Brömel von der Freisinnigen Vereinigung nicht nehmen, dem lieblich errötenden Minister die Palme des Sieges zu überreichen: dem Volke wäre viel Beunruhigung erspart geblieben, wenn Herr v. Hammerstein schon im Juli so weise geredet hätte, wie er es im Oktober tat. . .

Und sie lagen sich in den Armen und weinten vor Freude. Es war alles, alles nur ein böser Traum. Die verschwundenen Pommernbankgelder, die zurückgehaltenen Sayn-Wittgensteinschen Mündelgelder — doch nichts mehr davon! Die bis zur Nötigung zudringliche Bettelei, der Titel- und Ordensschacher — alles vergessen! Die Beamten haben „nichtamtlich" gehandelt, die Auffassung, daß sich der Minister gegen die Wahrheit versündigt habe, ist ein Mißverständnis gewesen! Ewig aber ragen Herrn v. Mirbachs Kirchtürme, Frieden auf Erden verkündend, und dem Himmel ein Wohlgefallen . . .

Ob man noch immer sagen kann, daß die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses „keine Sensation" gewesen seien . . .? Uns dünkt: auch die Sensationslosigkeit kann unter Umständen eine Sensation sein! Wer über gewisse Dinge den Kopf nicht verliert, hat keinen zu verlieren. Und wer für gewisse Dinge kein Wort der Entrüstung findet, das den Gegner unter dem lauten Beifall der Oeffentlichkeit zu Boden wirft, mag ein braver preußischer Landtagsabgeordneter sein — ein richtiger Volksvertreter ist er gewiß nicht. Der Kampf für der Vater aller Dinge; an der Leidenschaft entzündet sich die Schöpferkraft — aber das preußische Abgeordnetenhaus hat schwache Lenden und alte Herzen. Für den Zustand der geistigen, moralischen und politischen Lethargie, in dem sich das preußische Dreiklassenparlament befindet, ist nicht bald etwas so bezeichnend gewesen wie diese sensationslose, kläglich versagende Debatte.

Und doch! Wir sind nur unverbesserliche Optimisten gewesen, als wir glauben konnten, wenigstens in diesem einen Falle werde die allgemeine Entrüstung über die Mirbach-Skandale das Dreiklassenparlament anstecken und mindestens zu kräftigen Worten, da kräftige Taten von vornherein ausgeschlossen waren, mit fortreißen. Die herrschenden Gesellschaftsklassen unserer Tage können und dürfen nicht mehr sagen, was sie innerlich denken; sie müssen ihre moralischen Blößen schamhaft zudecken. Sie wagen es nicht mehr, öffentlich und rückhaltlos über ihre Sünden und Gebrechen zu verhandeln.

Auch das ist ein sicheres Zeichen des schnell fortschreitenden Verfalls. Niemand kann ihm mehr Einhalt tun. Die Stützen der heutigen Ordnung wähnen, wenn für sie die Mirbach-Skandale abgetan sind, seien diese auch aus der Erinnerung des Volkes verschwunden. Darin täuschen sich die Herren. Die Mirbach-Taten bleiben unvergessen. Sie bilden einen der unvergänglichen Summanden in der Rechnung, die das Volk seit Jahren immer riesenhafter anschwellen sieht und welche die Ueberschrift führt:

Schuldkonto des christlich-monarchisch-kapitalistischen Prinzips.

## Tagesgeschichte.

Halle a. S., 27. Oktober 1904.

### Zwanzig Jahre deutscher Kolonialpolitik.

Zwei Jahrzehnte sind nun vergangen, seit Deutschland in Kolonialpolitik reist. Selbst ein so sehr über alle Zweifel an seiner „Gutgesinntheit" erhabenes Blatt, wie der Scherlsche Tag, enthält zur Erinnerung daran einen Artikel, der zu einer Verurteilung der Kolonialpolitik gelangt. Der Verfasser des „Rückblickes", R. Kent, schreibt:

Was zunächst die Frage betrifft, was die Kolonien die deutschen Reichsbürger gekostet haben, so ist sie an der Hand der amtlichen Veröffentlichungen nicht zu beantworten. Für das erste Jahrzehnt, wo die Verwaltung der wichtigsten Besitzungen privaten Unternehmern überlassen war, sind die Kosten für die Zuwendungen bei den einzelnen Etats verschiedener Reichsämter verrechnet worden. Erst seit 1892 wird eine jährliche Zusammenstellung der Ausgaben für die Schutzgebiete veröffentlicht, bei welcher jedoch die Kosten, welche der Marine durch die Kolonien erwachsen, auch nicht berücksichtigt sind. Hiernach sind seit 1892 unmittelbar für koloniale Zwecke 299 743 000 M. ausgegeben worden. Rechnet man dazu noch rund 30 000 000 M. für die vor 1892 geleisteten Ausgaben (was unseres Erachtens sicher viel zu gering ist. Red.) und die Kosten für den Erwerb der Karolinen, so ergibt sich eine Summe von 329 743 000 M. Hierzu die bereits erwachsenen und zweifellos noch zu erwartenden Kosten für Niederwerfung des Herero-Aufstandes, ferner die Ausgaben für die Marine, welche durch die Kolonien verursacht wurden, so sind die Gesamtausgaben, welche der überseeische Besitz bis jetzt erforderte, mit rund einer halben Milliarde Mark sicher nicht zu hoch eingeschätzt. Von dieser Summe sollten die in den Kolonien seit 1892 erhobenen Steuern nach den Voranschlägen 68 190 000 Mark wiederbringen, also den achten Teil. Jedoch steht nicht fest, ob die Einnahmen wirklich den Ansätzen entsprochen haben. Von 5 167 000 M. im Jahre 1892 ist der Kolonial-Etat fortwährend gestiegen auf 41 021 000 M. im Jahre 1903. Für 1904 waren die Ausgaben auf 42 878 000 M. veranschlagt. Daß diese überschritten werden, ist kaum zweifelhaft, abgesehen von den Kaffernkriegskosten.

Die Errungenschaften des Reiches für die in den Kolonien verpulverte halbe Milliarde sind also gleich Null. Den einzigen Vorteil hatten reiche Kapitalisten, Reeder und Kaufleute. Der Verkehr Deutschlands mit seinen Schutzgebieten hatte im

---

74] (Nachdruck verboten.)

## Die Waffen nieder!

Eine Lebensgeschichte von Berta v. Suttner.

Zum Schluß des 16. Jahrhunderts faßte König Heinrich IV. von Frankreich den Plan einer europäischen Staatenföderation. Nachdem er sein Land von den Schrecken der Religionskriege befreit, wollte er für alle Zukunft die Duldung und den Frieden gesichert sehen. Er wollte die sechzehn Staaten, welche Europa bildeten (Rußland und die Türkei zählten noch zu Asien), in einen Bund vereint wissen. Jeder dieser sechzehn Staaten hatte zwei Abgeordnete zu einem „europäischen Reichstag" zu schicken gehabt: diesem aus 32 Mitgliedern bestehenden Reichstag wäre die Aufgabe zugefallen, den religiösen Frieden zu gewährleisten und alle internationalen Konflikte zu schlichten. Wenn nur jeder Staat sich verpflichtete, den Entschlüssen des Reichstags sich unterzuordnen, so war damit jedes Element eines zukünftigen europäischen Krieges verschwunden. Der König teilte diesen Plan seinem Minister Sully mit, der denselben begeistert aufnahm und sofort mit den anderen Staaten zu verhandeln begann. Schon war Elisabeth von England, schon der Papst und Holland und mehrere andere gewonnen; nur das Haus Oestreich wirkte Widerstand geleistet haben, weil ihm territoriale Konzessionen abgefordert worden wären, in die es nicht willigt hatte. Ein Feldzug wäre nötig gewesen, um diesen Widerstand zu brechen. Die Hauptarmee hätte Frankreich gestellt, welches von vornherein auf jede Gebietserweiterung verzichtete: einziger Zweck des Feldzuges und einzige dem Hause Oestreich aufzulegende Friedensbedingung wäre der Beitritt zum Staatenbund gewesen. Schon waren die Vorbereitungen getroffen und Heinrich IV. wollte sich selber an die Spitze des Heeres stellen, als er am 13. Mai 1610 — unter der Mordwaffe eines wahnsinnigen Mönches fiel.

Keiner von seinen Nachfolgern und kein sonstiger Souverän hat diesen glorreichen Plan zur Erlangung des Völkerglückes wieder aufgenommen. Die Regenten und Politiker blieben dem alten Kriegsgeist treu; aber die Denker aller Länder ließen die Friedensidee nicht mehr fallen.

Im Jahre 1647 wird die Sekte der Quäker gebildet, deren Grundlage die Verdammung des Krieges bildet. Im selben Jahre veröffentlichte William Penn sein Werk über den zukünftigen Frieden Europas, indem er sich auf den Plan Heinrichs IV. stützte.

Zu Anfang des 18. Jahrhunderts erscheint das berühmte Buch „La paix perpetuelle" von dem Abbé de St. Pierre, Gleichzeitig entwickelt denselben Plan ein Landgraf von Hessen, und Leibniz schreibt einen günstigen Kommentar dazu.

Voltaire macht den Ausspruch: „Jeder europäische Krieg ist ein Bürgerkrieg." Mirabeau, in der denkwürdigen Sitzung vom 25. August 1790, sagt folgende Worte:

Vielleicht ist der Augenblick nicht mehr entfernt, da die Freiheit, als unumschränkte Herrscherin über beide Welten, den Wunsch der Philosophen erfüllen wird: die Menschheit von dem Verbrechen des Krieges zu befreien und den ewigen Frieden zu verkünden. Dann wird das Glück der Völker das einzige Ziel des Gesetzgebers sein, der einzige Ruhm der Nationen.

Im Jahre 1795 schreibt einer der größter Denker aller Zeit, Immanuel Kant, seine Abhandlung „Zum ewigen Frieden". Der englische Publizist Bentham schließt sich den immer zunehmenden Reihen der Friedensvertreter — Fourrier, Saint-Simon u. a. — mit Begeisterung an; Beranger dichtet „Die heilige Allianz der Völker"; Lamartine „La Marseillaise de la Paix". In Genf stiftete der Graf Cellon einen Friedensverein, in dessen Namen er mit allen europäischen Herrschern in propagandistische Korrespondenz tritt. Aus Amerika, Massachusetts, kommt der „gelehrte Grobschmied", Elihu Burritt, daher und streut seine „Oliven-Blätter" und seinen „Funken vom Amboß" in Millionen Exemplaren in die Welt und führt 1849 den Vorsitz in einer Versammlung der englischen Friedensfreunde. In dem Pariser Kongreß, welcher dem Krimkrieg ein Ende machte, hielt die Friedensidee ihren Einzug in die Diplomatie, indem dem Vertrage eine Klausel beigesetzt ward, welche bestimmt, daß die Mächte sich verpflichten, bei künftigen Konflikten sich vorangehenden Vermittelungen zu unterstellen. Diese Klausel enthält eine dem Prinzip des Schiedsgerichts dargebrachte Anerkennung, — befolgt wurde sie aber nicht.

Im Jahre 1863 schlug die französische Regierung den Mächten vor, einen Kongreß zu veranstalten, bei welchem die Grundlage zu allgemeiner Abrüstung und zu einverständlicher Verhütung künftiger Kriege gelegt werden sollte.

Recht spärlich die Eintragungen, die zu jener Zeit mein Protokoll füllten! Das ist später anders geworden. Sie beweisen aber, daß die Möglichkeit des Weltfriedens schon von alters her ins Auge gefaßt worden war. Nur vereinzelt, von großen Zwischenräumen getrennt, erhoben sich die Stimmen und verhallten — nicht nur unbeachtet, sondern zumeist auch ungehört. Mit allen Entdeckungen, allem Fortschritt, allem Wachstum geht's nicht anders:

Naht von ferne sich der Frühling,
Unsichtbar's da und dort hervor,
Rückt er weiter in das Land ein,
Schmettert's laut im großen Chor.
So im weiten Kreis der Zeit
Flüstert's lang schon da und dort,
Kommt der richtige Moment,
Stimmen alle ein sofort.

(Märzrot.)

*

Und wieder nahte meine schwere Stunde.

Aber diesmal wie so anders, als zu jener Zeit, da Friedrich mich verlassen mußte — um des Augustenburgers willen. Diesmal war er an meiner Seite, auf des Gatten richtigem Posten: durch seine Gegenwart, durch seinen Mitschmerz der Gattin Leiden mildernd. Das Gefühl, ihn da zu haben, war mir ein so beruhigendes und glückliches, daß ich darüber das physische Ungemach beinah vergaß.

Ein Mädchen! Das war unseres stillen Wunsches Erfüllung. Die Freuden, die man an einem Sohne hat, die würde uns ja der kleine Rudolf bieten; jetzt konnten wir dazu auch noch diejenigen Freuden erlebe, welche so ein aufblühendes Töchterchen seinen Eltern verschafft. Daß sie ein Ausbund von Schönheit, von Anmut, von Holdseligkeit sein würde, unsere kleine Sylvia, daran zweifelten wir keinen Augenblick.

Wie wir beide nun über der Wiege dieses Kindes selber kindisch wurden, was für süße Albernheiten wir da sprachen und trieben, das will ich gar nicht versuchen zu erzählen. Andere als verliebte Eltern verständen es doch nicht, und alle solche sind wohl selber grad' so toll gewesen.

Wie das Glück doch selbstisch macht! Es folgte jetzt eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0001

Jahre 1903 einen Wert von 32 021 000 M., d. h. etwa die Hälfte des Gesamthandels der deutschen Kolonien. Seit 1895, wo der deutsche Handelsverkehr mit den letzteren einen Wert von 8 975 000 M. hatte, ist also allerdings eine erhebliche Steigerung vorhanden. Immerhin aber wird noch lange nicht die Summe erreicht, die unsere Steuerzahler alljährlich hineinstecken müssen.

Die Betrachtung Kents kommt darauf hinaus, daß es mit der Kolonialwirtschaft ganz trostlos steht. Er schlägt vor, daß von der Regierung oder dem Reichstag eine Kommission eingesetzt werden soll, welche die Verhältnisse gründlich untersucht. Gehe es auf dem bisherigen Wege weiter, so dürfte die Kolonialpolitik bald ihre letzten Freunde einbüßen. Obwohl der Verfasser sich natürlich als Patriot erklärt, der das bedauert, so klingt doch aus seinem Artikel deutlich der Gedanke heraus: Wären wir die Kolonien doch auf gute Art wieder los!

### Zur Einberufung des Reichstags.

Die agrarische D. Tagsztg. schreibt, da der Reichstag erst am 29. November zusammentrete, sei es schlechthin unmöglich, den Wunsch der Industrie und des Handels zu erfüllen, daß zwischen der Entscheidung über die Handelsverträge und ihrem Inkrafttreten mindestens ein Jahr liegen möge. Die Verträge sollen bekanntlich am 1. Januar 1906 in Kraft treten. Daß der Reichstag sie bis zum 1. Januar 1905 erledige, daran sei nicht zu denken. Es werde überhaupt ziemliche Anstrengungen kosten, sie so zu erledigen, daß sie noch am 1. Januar 1906 in Kraft treten können. Zwischen Weihnachten und Ostern sei der Reichstag mit unmittelbar notwendigen Arbeiten so überlastet, daß er die Zeit zur Beratung der Handelsverträge nur mit Mühe sich abringen könne.

Die Agrarier haben zu allerletzt ein Recht, sich darüber zu beschweren, daß die Handelsverträge so spät fertig werden. Sie sind es gewesen, die den Zolltarif so agrarisch zugespitzt haben, daß der Abschluß von Handelsverträgen auf seiner Grundlage schier unmöglich gemacht ist, wenn nicht die vitalsten Interessen der deutschen Konsumenten geopfert werden sollen. Die Agrarier haben die Regierung in die Situation gedrängt, über die sie nun räsonnieren.

### Vom neuen Hofjustiz-Skandal.

Die Kammerfrau der verstorbenen Prinzessin Amalie, Fräulein Milewski, sieht, wie bekannt, auf Grund gänzlich haltloser, aber von hoher Seite erhobener Beschuldigungen unter der Anklage des Diebstahls. Die Anklage stützt sich nahezu ausschließlich darauf, daß die Angeklagte nach ihrer eigenen Aussage zur Zeit ihres Dienstes ein Vermögen von 80 000 Mark besessen hat, von dem der größte Teil — wieder nach ihrer Aussage — zu Beihilfen verwendet wurde, die der Prinzessin von ihren hohen Verwandten versagt wurden. Fräulein Milewski hat sich bisher mit Recht geweigert, über die Herkunft ihres Vermögens Auskunft zu geben. Wie indes das Berliner Tageblatt jetzt mitzuteilen weiß, will die Angeklagte im nächsten Termin den Nachweis erbringen, daß sie ihr Vermögen rechtmäßig erworben hat. Sie will sich also der Hofstrafprozeßordnung unterwerfen, die nicht von den Anklägern den Schuldbeweis, sondern von der Angeklagten die „Reinigung vom Verdachte" verlangt.

### Konservatismus und Handwerker.

Auf den „neuen Bund der Handwerker" ist das Hauptorgan der konservativen Partei, die Kreuzzeitung, sehr erbost. Derselbe hat nämlich für die Reichstagsersatzwahl in Jerichow einen Aufruf veröffentlicht, welcher nach Ansicht der Kreuzzeitung zunächst den Zweck zu haben scheine, „die Handwerker gegen sämtliche aufgestellte Kandidaten mißtrauisch zu machen". Die Kreuzzeitung spottet, daß der Vorstand des Bundes der Handwerker noch lange nicht „das Handwerk" vertrete. Aus den Worten seines Aufrufs spreche vielmehr nur der Kampfesdrang und Tateneifer einer eng begrenzten Gruppe von Offizieren, die sich gern eine Armee von wohldisziplinierten Anhängern schaffen möchten. Der „überaus törichte" Aufruf des Vorstandes des neuen Bundes, der es ungemein eilig zu haben scheine, sich die Sporen zu verdienen, werde der Handwerkersache im besten Falle nichts nützen, wenn er ihr vielleicht nicht gar schade. Wenn die Konservativen sich so übel belohnt sähen, wie durch den Handwerkerbund, so würden sie sich schließlich fragen müssen, „ob es einer solchen Ungenügsamkeit, einem solchen Unverstande gegenüber nicht geraten wäre, die Flinte ins Korn zu werfen".

Mit anderen Worten: wenn die Handwerker sich nicht unbedingt zu Sklaven der Junkerpartei degradieren, dann hört diese Partei auf, „handwerkerfreundlich" zu sein. Bedarf es noch eines drastischeren Beweises, daß die ganze „Mittelstandspolitik" der Konservativen einfach Schwindel ist, lediglich darauf berechnet, die kleinen Gewerbetreibenden zum Stimmvieh zu machen?

### Die Kinderarbeit in der Landwirtschaft.

Der preußische Kultusminister hat die ihm unterstellten Provinzialschulkollegien beauftragt, über die Lohnbeschäftigung von Zöglingen der Volksschulen im Haushalte sowie in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben während des Jahres vom 15. November 1903 bis 15. November 1904 Erhebungen anzustellen. In der Hauptsache soll festgestellt werden, ob die Kinder in der Woche bis zu drei Tagen oder über drei Tage und an den einzelnen Tagen bis zu drei Stunden oder darüber gegen Lohn beschäftigt werden, ferner, wie viel Kinder außerhalb der Ferienzeit mehr als sechs Stunden täglich und mit welchen Arbeiten vorzugsweise beschäftigt wurden.

Es ist traurig und charakterisiert Preußen als „Kulturstaat", daß solche Erhebungen überhaupt noch nötig sind, resp. durch Tatsachen geboten erscheinen. Vielleicht hat sich das Agrarertum beim Minister darüber beschwert, daß die Kinder der Landproletarier nicht noch mehr als seither zu „gesundheitfördernden" landwirtschaftlichen Verrichtungen angehalten werden dürfen.

### Volksparteiliche Taktik.

Die deutsche Volkspartei in Baden beriet in einer Vertrauensmännerversammlung die Taktik bei den nächsten Landtagswahlen. Nach längerer Aussprache sprach die Versammlung ihre Geneigtheit für ein Zusammengehen der liberalen Parteien unter Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes aus, erklärte aber, daß dieses Zusammengehen nicht den Charakter eines „Bundes der Ordnungsparteien" gegen die Sozialdemokraten haben dürfe.

Die Verwahrung wird an der Sache, daß nämlich die Demokraten mit den Liberalen gemeinsam die Sozialdemokraten bekämpfen, nichts ändern. Aber ein Gutes hat der Beschluß der Volksparteiler: Er öffnet doch diesem oder jenem Sozialdemokraten, der bisher noch an die Rückgratfestigkeit der Bourgeoisdemokraten glaubte, die Augen.

### Eine merkwürdige Nachricht

kommt aus Straßburg. Sie lautet: Der Stadtkommandant von Diedenhofen hat unter Aufbietung militärischer Macht von dem Gelände neben der neuen Kreisdirektion Besitz ergriffen. Ueber dieses Gelände war ein Streit zwischen Militärverwaltung und Stadt entbrannt. Ein Posten unter Gewehr sowie ein Leutnant überwachen das Gelände. — Was soll das heißen? Wenn Militärverwaltung und Stadt einen Besitzstreit auszufechten haben, so kann derselbe doch nicht durch Leutnants und Wachtposten entschieden werden! Und was soll geschehen, wenn die Stadt das gleiche Terrain durch ihre Polizeibeamten besetzen läßt? Sollen sich dann die beiderseitigen Posten totschießen?

**Die frohe Botschaft hört man wohl!** General v. Trotha meldet, die Hereros seien zersprengt, ermattet und widerstandsunfähig. Maharero habe fast alles Vieh und die Hälfte seiner Leute verloren, so daß der Krieg bald beendet sein werde. — Aehnliche Nachrichten sind schon manchmal gekommen und haben sich immer als unrichtig herausgestellt. Man wird auch diesmal abwarten müssen, ob sie sich bewahrheiten.

**Keine Zeit zur Antwort.** Der Berliner Magistrat hat bekanntlich den Eingriff des Provinzialschulkollegiums in die Rechte der Selbstverwaltung zum Gegenstand einer gehernischten Beschwerde beim Kultusminister gemacht. Dieser Protest ist vor fast 14 Tagen abgegangen, aber bisher hat der Minister, wie wir hören, noch keine Antwort zu erteilen für nötig befunden. Das Parlament wird ihm Gelegenheit dazu bieten. Zu fürchten braucht er sich allerdings nach dem, was gestern der Landtag in der Mirbachsache geleistet hat, nicht vor der Interpellation.

**Mit der Strafrechtsreform** beschäftigt sich zurzeit eine aus freien Sachverständigen gebildete Kommission unter dem Vorsitz des Staatssekretärs im Reichsjustizamt Dr. Nieberding. Die Kommission ist schon vor anderthalb Jahren zusammengetreten und besteht aus Professor v. Lisst, Professor Kahl-Berlin, Professor Wach-Leipzig, Professor Birkmeyer-München, Professor Frank-Tübingen, Professor v. Lilienthal-Heidelberg, Professor v. Hippel-Göttingen, Professor von Calker-Straßburg. Die Kommission hat sich privatim gebildet und beschäftigt sich mit Unterstützung des Reichsjustizamtes mit den Vorarbeiten für die künftige Umgestaltung des Strafgesetzbuches.

**Prügellose Schulen.** Nach einer Verfügung des hessischen Ministeriums haben die Bestimmungen bezüglich der Disziplinarmittel in den Schulen des Großherzogtums eine Aenderung dahin erfahren, daß fortan als Strafe nur noch „Verweis" und „Arrest" über unbotmäßige Schüler verhängt werden dürfen. Die körperliche Züchtigung kommt dagegen gänzlich in Fortfall. Der Arrest soll die Dauer von fünf Stunden nicht überschreiten.

**Soldatenschinder.** In Trier standen vor dem Kriegsgericht sechs Feldwebel und Unteroffiziere des 29. Inf.-Reg. wegen Mißhandlung Untergebener. Die zur Anklage stehenden Fälle erstrecken sich auf mehrere Jahre, weshalb nicht weniger als 200 Zeugen geladen waren, von denen über 100 dem Beurlaubtenstande angehören. Die Verhandlungen nahmen zwei Tage in Anspruch. Den Angeklagten wurde von ihren Vorgesetzten ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. Das Urteil lautete gegen den Vizefeldwebel Schluck auf vier Monate fünfzehn Tage und gegen Feldwebel Landgraf auf drei Monate zehn Tage Gefängnis. Gegen die übrigen Angeklagten wurde auf fünfzehn Tage bis zu sechs Wochen gelinden bezw. Mittelarrest erkannt.

**Fürsten unter sich.** Die Lipp. Tageszeitung teilt in ihrem „Briefkasten" mit, daß der sächsische Hof eine Mitteilung von dem Tode König Georgs von Sachsen an den lippischen Hof nicht gemacht hat. Infolgedessen habe der lippische Hof auch keinen Vertreter zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Dresden gesandt. — Das ist ja eine schreckliche Rache! Es ist ein Glück, daß die königlich sächsische und die fürstlich lippische Armee nicht gegeneinander zu Felde ziehen können.

**Im Lande der Schulen.** Auch aus Westfalen, der Domäne des Zentrums, wird über empfindlichen Lehrermangel berichtet, namentlich an den katholischen Schulen. Im Sauerlande gibt es Dörfer, die monatelang ohne eigene Lehrkraft sind und von den Nachbarorten Aushilfe in Anspruch nehmen müssen. Wenn Lehrer aus dem Sauer-, Sieg- und Münsterlande sich nach der Industriegegend hin melden, dann werden sie von der Regierung in ihren neuen Stellen nicht eher bestätigt, als bis Ersatz für sie da ist.

## Ausland.

**Frankreich.** Ein historischer Tag. Die Abstimmung der Kammer vom Sonnabend, durch welche die antiklerikale Politik des Ministeriums Combes mit einer Mehrheit von 88 Stimmen gut geheißen wird, muß als ein Ereignis allerersten Ranges gedeutet werden. Seit nahezu 35 Jahren kämpft die französische Demokratie gegen den Klerikalismus und sucht das Konkordat, das der napoleonische Zäsarismus im Jahre 1801 mit der Macht des Papsttums abschloß, zu beseitigen. In dem Programm nicht bloß der sozialistischen, sondern auch der radikalen und republikanischen Parteien wird schon immer die Trennung von Staat und Kirche gefordert; in erster Weise jedoch haben diese Forderungen bis vor wenigen Jahren nur die Sozialdemokraten betrieben. Erst das Ministerium Waldeck-Rousseau hat einen energischen Kampf gegen die Kirche begonnen; Combes hat ihn in noch konsequenterer Weise fortgeführt.

Am Dienstag nahm der Ministerrat unter Vorsitz des Präsidenten Loubet endgiltig und formell Stellung zu der Frage der Trennung von Kirche und Staat. Ministerpräsident Combes ist ermächtigt worden, am Sonnabend der Konkordatskommission der Kammer die Ansicht der Regierung und deren Wünsche in Bezug auf die endgiltige Feststellung des Textes des Separationsgesetzes vorzutragen. Der Ministerrat war, wie die offizielle Note feststellt, einstimmig der Meinung, daß die Kammerdebatten über die Trennung von Kirche und Staat noch im Januar beginnen sollen.

**Italien.** Bisher sind zu den Kammerwahlen aufgestellt worden 500 Sozialisten, 980 Ministerielle, 220 Republikaner und 140 Radikale.

**Oestreich.** Der Sekretär des Tiroler Landesausschusses Dr. Gottardi will eine epochemachende Erfindung gemacht haben, durch welche die Leistungsfähigkeit des Infanteriegewehres bedeutend erhöht wird.

**Schweiz.** Heute soll die Entscheidung fallen, ob die Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland fortgesetzt oder abgebrochen werden.

## Der Krieg in Ostasien.

Nichts charakterisiert den Geist am Zarenhofe besser als folgendes nette Geschichtchen, das einem englischem Blatte aus Petersburg als sicher verbürgt mitgeteilt wird: Ehe der Zar die baltische Flotte vor ihrer Abfahrt zum letzten Male be-

---

Zeit für uns, in der wir glücklich alles andere — was nicht unser häuslicher Himmel war — gar zu sehr vergaßen. Die Schrecken der Cholerawoche nahmen in meinem Gedächtnis immer mehr die Gestalt eines entschwundenen bösen Traumes an, und auch Friedrichs Energie in Verfolgung seines Zieles ließ einigermaßen nach. Es war aber auch entmutigend: überall, wo man mit jenen Ideen anklopfte — Achselzucken, mitleidiges Lächeln, wo nicht gar Zurückweisung. Die Welt will, wie es scheint — nicht nur betogen, sondern auch unglücklich gemacht werden. Sowie man ihr Vorschläge unterbreiten will, das Elend und den Jammer fortzuschaffen, so heißt das „Utopie, kindischer Traum", und sie will nichts hören.

Dennoch ließ Friedrich sein Ziel nicht gänzlich aus den Augen. Er vertiefte sich immer mehr in das Studium des Völkerrechts, jetzte sich in brieflichen Verkehr mit Bluntschli und anderen Gelehrten dieses Zweiges. Gleichzeitig — und zwar mit mir in Gemeinschaft — betrieb er auch fleißig andere, namentlich naturwissenschaftliche Studien. Er plante, über den Gegenstand „Krieg und Frieden" ein größeres Werk zu schreiben. Doch ehe er sich an die Ausführung machte, wollte er durch lange und eingehende Forschungen sich dazu rüsten und schulen. „Ich bin zwar ein alter k. k. Oberst," sagte er, „und die meisten meiner Alters- und Ranggenossen würden es verschmähen, sich mit Lernen abzugeben . . . man hält sich gewöhnlich für unbändig gescheit, wenn man ein ältlicher Mann in Amt und Würden ist — ich selber vor einigen Jahren, hatte auch solchen Respekt vor meiner Person . . . . Nachdem sich mir aber plötzlich ein neuer Gesichtskreis aufgetan, nachdem ich einen Einblick in den modernen Geist gewann, da überkam mich das Bewußtsein meiner Unwissenheit . . . . Nun ja, von alledem, was jetzt auf allen Gebieten an neuer Erkenntnis gewonnen worden, davon hat man ja in meiner Jugend gar nichts — oder vielmehr das Gegenteil gelernt. Da muß ich jetzt — trotz der Silberfäden an den Schläfen — wieder von vorne anfangen."

Den Winter nach Sylvias Geburt verbrachten wir in aller Stille in Wien. Im folgenden Frühjahr bereiten wir Italien. Weltkennenlernen gehörte ja auch zu unserem neuen Lebensprogramm. Frei und reich waren wir, nichts hinderte uns, es auszuführen. Kleine Kinder sind zwar auf Reisen ein wenig lästig, aber wenn man genügendes Personal von Bonnen und Wärterinnen mitführen kann, so läßt es sich schon machen. Ich hatte eine alte Dienerin zu mir genommen, welche einst meine und meiner Schwester Kindsfrau gewesen, dann einen Wirtschaftsbeamten geheiratet hatte, und jetzt verwitwet war. Diese „Frau Anna" war meines vollsten Vertrauens würdig, und in ihren Händen konnte ich meine kleine Sylvia mit voller Beruhigung zurücklassen, wenn wir — Friedrich und ich — auf mehrere Tage unser Hauptquartier verließen, um Ausflüge zu machen. Ebensogut war Rudolf bei Mr. Foster, seinem Hofmeister, aufgehoben. Doch geschah es häufig, daß wir den achtjährigen kleinen Mann mit uns nahmen.

Schöne, schöne Zeiten! . . . . . Schade, daß ich damals die roten Hefte so stark vernachlässigte. Gerade da hätte ich so viel des Schönen, Interessanten und Heiteren eintragen können; aber ich habe es unterlassen, und so sind mir die Einzelheiten jener Jahre meist aus dem Gedächtnis entschwunden: nur in großen Zügen kann ich mir noch ein Bild davon zurückrufen.

In das „Friedensprotokoll" fand ich Gelegenheit, eine ersreuliche Eintragung zu machen. Es war dies nämlich ein Zeitungsartikel, gezeichnet B. Desmoulins, worin der französischen Regierung der Vorschlag gemacht wird, sich an die Spitze der europäischen Staaten zu stellen, indem sie das Beispiel gäbe, abzurüsten.

„So wird sich Frankreich das Bündnis und die aufrichtige Freundschaft aller Staaten sichern, welche dann aufhören würden, sich vor Frankreich zu fürchten, dessen Mithilfe sie benötigten. So würde sich allgemeine Entwaffnung von selber einstellen, das Prinzip der Eroberung wäre auf immer aufgegeben, und die Konsoderation der Staaten würde ganz natürlich einen obersten Gerichtshof internationaler Gerechtigkeit bilden, welcher im stande sein wird, auf dem Weg des Schiedsrichteramtes alle Streitigkeiten zu schlichten, welche der Krieg niemals zu entscheiden vermocht. Indem es so handelte, würde Frankreich die einzige reelle und einzige dauerhafte Kraft — nämlich das Recht — auf seine Seite gebracht, und dem Menschengeschlecht auf ruhmreiche Weise eine neue Aera eröffnet haben." (Opinion Nationale 25. Juli 1868.)

Beachtung hat dieser Artikel natürlich wieder nicht gefunden.

Im Winter 1868 bis 1869 kehrten wir nach Paris zurück, und diesmal — auch von dieser Seite wollten wir das Leben kennen lernen — stürzten wir uns in die „große Welt".

Es war ein etwas ermüdendes, aber für einige Zeit doch recht genußreiches Treiben. Wir hatten — um ein Zuhause zu haben — uns ein kleines möbliertes Hotel im Viertel der Champs Elisees gemietet, wo wir unseren zahlreichen Bekannten, bei denen wir täglich zu irgend welchen Festen geladen waren, auch manchmal „Revanche" bieten konnten. Von unserem Gesandten beim Tuilerienhofe eingeführt, waren wir für den ganzen Winter zu den Montagen der Kaiserin vergeben; außerdem standen uns die Häuser sämtlicher Botschafter offen, sowie die Salons der Prinzessin Mathilde, der Herzogin von Mouchy, der Königin Isabella von Spanien und so weiter. Auch viele literarische Größen lernten wir kennen — den größten freilich nicht, denn dieser, ich meine Viktor Hugo, lebte in der Verbannung; doch sind wir Renan, Dumas, Vater und Sohn, Octave Feuillet, George Sand, Arsene Houssaye und einigen anderen begegnet. Bei dem letztgenannten haben wir auch einen Maskenball mitgemacht. Wenn der Verfasser der „Grandes dames" in seinem prachtvollen kleinen Hotel der Avenue Friedland eines seiner venetianischen Feste gab, so war es Gewohnheit, daß daselbst die wirklich großen Damen unter dem Schutze der Maske sich in der Nähe die „kleinen Damen" — bekannte Schauspielerinnen u. dergl. — besaßen, welche hier ihre Diamanten und ihren Witz funkeln ließen.

Wir waren auch sehr fleißige Theaterbesucher. Mindestens dreimal wöchentlich verbrachten wir die Abende entweder in der italienischen Oper, wo Adelina Patti — eben mit dem Marquis de Caux verlobt — die Zuhörerschaft entzückte, oder im Theatre Francais, oder auch in einem kleineren Boulevard-Theater, um Hortense Schneider als Großherzogin von Gerolstein oder andere Operetten- und Vaudeville-Berühmtheiten zu sehen.

Es ist doch sonderbar, wie, wenn man in diesen Wirbel des Glanzes und der Unterhaltungen gestürzt ist, wie einem diese kleine „große Welt" plötzlich so jämmerlich wichtig vorkommt und die darin waltenden Gesetze von Eleganz und Chic eine Art ganz ernsthaft genommener Pflichten auferlegen. Im Theater einen geringeren Platz einzunehmen, als eine Prozzenitmsloge: in den Bois mit einem Wagen sich zeigen, dessen Gespann nicht tadellos wäre; auf den Hofball gehen, ohne eine von Worth „unterschriebene" 2000 Franken-Toilette zu tragen; sich zu Tische setzen, auch wenn man keine Gäste hat, ohne sich von dem würdevoll auftretenden maitre d'hotel und einigen Lakaien die feinsten Gerichte und edelsten Weine auftragen zu lassen: — das wären alles arge Verstöße.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190410 28-14/fragment/page=0002

sichtigte, ließ er ihren Befehlshaber, den Admiral Rodjestwenski, kommen und führte ihn in ein Zimmer, in dem die Kaiserin mit dem kleinen Zarewitsch auf dem Schoße saß. Der Kaiser forderte den Admiral auf, die Hand des Kindes zu nehmen. Vorsichtig tat der Admiral, wie ihm geheißen war, und fand dann in dem zierlichen Fäustchen des Kindes ein **kleines Heiligenbild**, das er seitdem stets trägt. Der Zar aber sagte ernsthaft zu ihm: „Admiral, mein Sohn segnet Sie." — Wie die Ereignisse in der Nordsee beweisen, hat der Segen des Zarewitsch schnell und reichlich Früchte getragen.

Vor Mukden leiden die Truppen beider Heere unter großer Kälte, die ganze Gegend bis auf 30 Kilometer südlich von Mukden ist gänzlich verwüstet. Die Wege bieten einen bejammernswerten Anblick. Lange Reihen von Verwundeten und Sterbenden liegen längs derselben, und daneben wandert die Bevölkerung ganzer Ortschaften auf der Flucht vom Kriegsschauplatz, auf Karren ihre Frauen und Kinder und ihre Habseligkeiten mit sich führend. Zahllose Hütten sind vom Erdboden verschwunden. Mukden ist überfüllt mit Flüchtlingen, Hunderte von Familien liegen, von allem entblößt, mitten auf den Straßen. Die Feindseligkeiten sind noch nicht wieder aufgenommen, die Haltung der Japaner ist für die Russen absolut verwirrend. In den letzten Tagen war die Lage ganz dunkel. Die Russen wissen nicht mehr, wie sie mit den Japanern dran sind. Beide Armeen stehen sich gegenüber; an einigen Stellen sind ihre Vorposten keine zehn Minuten von einander entfernt. Trotz seiner zur Schau getragenen Siegeszuversicht fürchtet Kuropatkin einen neuen Angriff der Japaner.

**Der Konflikt mit England** ist in der Versumpfung begriffen. Der Zar hat sich vorerst entschuldigt. Die englische Presse ist zwar dadurch noch nicht befriedigt und verlangt sofortige Rückberufung des Geschwaders und strengste Bestrafung der Schuldigen; das englische Mittelmeergeschwader soll auch Befehl erhalten haben, nach Gibraltar zu fahren und sich bereit zu halten zur Ueberwachung der russischen Flotte, doch schon heute kann fast mit Bestimmtheit gesagt werden, daß der Konflikt sich in Wohlgefallen auflösen wird.

## Parlamentarisches.

### Die Mirbachiade im Abgeordnetenhause.

Ueber die gestrigen Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause, deren Verlauf schon im Leitartikel dieser Nummer gewürdigt worden ist, schreibt uns unser parlamentarischer Berichterstatter:

Das preußische Abgeordnetenhaus, in dem vor einigen Monaten Schönstedt und Hammerstein ihre Russensiege feiern konnten, hat heute im Banne der Beredsamkeit des Freiherrn Hans von Hammerstein und des langen Möller auch den Mirbach und Hilger die Bürgerkrone für Verdienste um Vaterland und Volkswohl aufs Haupt gedrückt. Der Abgeordnete Träger, der die Interpellation der Freisinnigen über den Mißbrauch der Beamten für die Mirbachschen Sammlungen begründete, war der einzige, der Kritik an der höchst merkwürdigen Sammelmethode des Oberhofmeisters der Kaiserin und an den sonderbaren Ordens- und Titelverleihungen, die damit zusammenhängen, zu leisten versuchte.

Bekanntlich hat nicht nur der Freiherr v. Mirbach sich direkt an die Oberpräsidenten gewandt, um sie für die Silberhochzeit des Kaiserpaares zu Sammlungen, bei denen „kleine Beiträge unbeliebt sind", zu veranlassen, sondern zum Ueberflusse hat auch der Minister selbst in einem Schriftstücke, das durchaus amtlichen Charakter trägt und den amtlichen Akten eingefügt wurde, diesen Oberpräsidenten „ergebenst anheimgestellt," das Ihrige zu tun, um die Millionen für die Ausschmückung der Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche usw. zusammenzuschnorren. Dann hat der Minister sich am 30. Juni vor dem Landtag so gestellt, als ob er von der ganzen Sache nichts wüßte. Erst in einem Interviewer des Berl. Lokalanz. hat der kluge Hans v. Hammerstein dann die gleichgestimmte Seele gefunden, der er sein volles Herz ausgeschüttet hat. Gegenüber den Angriffen, die der Abg. Träger, unterstützt von seinem Fraktionskollegen Fischbeck, gegen den Minister richtete, hätte dieser vor keinem Parlament der Welt einen so leichten Stand gehabt, wie gegenüber dem preußischen Abgeordnetenhause. Die politische Bedeutung des Falles Mirbach erklärte er nach dem Abschied des Oberhofmeisters und Schatullenverwalters für erledigt, seine eigene Unaufrichtigkeit, um es liebenswürdig auszudrücken, verschleierte er unter einer Fülle ganz gleichgiltiger Daten und Erzählungen, und alles Uebrige erledigte er durch einen feuerigen Hymnus auf die reinen Absichten und edlen Ziele des großen Geldnehmers Mirbach.

Auf diesen Ton war dann die Debatte gestimmt. Herr Heydebrand (kons.) und Herr v. Zedlitz (frk.) faselten etwas von Kronrechten, ohne daß sich erkennen ließ, ob das Sammlungsprinzip des kaiserlichen Schatullenverwalters oder das Schweigen des Herrn v. Hammerstein auf einem Kronrecht beruht. Und wenn der nationalliberale Dr. Friedberg und Herr Broemel von der Freisinnigen Vereinigung sich erlaubten, noch einige Ausstellungen zu machen, so fertigte sie der Herr v. Heydebrand aufs eleganteste mit der zutreffenden Bemerkung ab, daß für derartige Sammlungen die hohen Verwaltungsbeamten immer in Anspruch genommen würden, daß also beim Frhrn. v. Mirbach keinerlei Ausnahme von der Regel stattgefunden habe. So endete die Besprechung der Interpellation damit, daß das Vorgehen des Frhrn. v. Mirbach zur Norm für die Verwaltung in Preußen erhoben wurde.

Ganz ähnlich verlief die Debatte über die Wahlkontrollen und Wahlbedrückungen im Saarrevier. Das Zentrum, das anläßlich des Prozesses gegen Krämer, den Bevollmächtigten des Bergarbeiterverbandes, hierüber interpelliert hatte, nahm die Gelegenheit wahr, den Feind des Reichstagswahlrechts als Beschützer des Wahlgeheimnisses und Freund echter Wahlfreiheit hinzustellen. Diesen Liebesdienst erwiesen die Abgg. Marx und Bachem dem Minister. Andererseits hat das Zentrum nach seinen oberschlesischen Sünden, zumal jetzt, wo es nach dem Abschied des Bergrats Hilger bessere Zeiten für sich im Saarrevier heraufziehen sieht, keine Veranlassung, besonders energisch vorzugehen. So blieb es bei einem Scheingefecht; der Minister Möller und der nationalliberale „Volksvertreter" Röchling aus dem Saarrevier fanden die Formel für diese Situation, indem sie das Zentrum mahnten, angesichts des gemeinsamen Zollwuchers und des gemeinsamen Kampfes gegen die Volksschule den alten Hader zu vergessen. Auch der bekannte Text und das bekannte Lied vom gemeinsamem Kampf gegen die Umsturzpartei wurde wieder gepredigt und gesungen.

Das Haus war ganz leer; wen interessieren schließlich auch die paar tausend Arbeiter? — Mittwoch nächster Woche soll die Besprechung fortgesetzt werden, bis dahin fallen die Plenarsitzungen aus. Dann wird es aber doch vielleicht etwas lebhafter zugehen; denn dann soll der Kaplan Dasbach, der Verleger der katholischen Presse im Saarrevier, in die Debatte eingreifen, und Dasbach versteht das Demagogeln aus dem Fundamente.

## Versammlungsberichte.

### Maurer.

Versammlung am 18. ds. Die unleidlichen Verhältnisse auf dem Genossenschaftsbau standen nochmals auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende wandte sich scharf gegen die beleidigenden Ausdrücke, welche der Architekt Ericht gegen die auf dem Genossenschaftsbau Beschäftigten gebraucht hatte und meinte, daß sich derartige Ausdrücke nicht für einen gebildet sein wollenden Architekten paßten. Der Herr Ericht hatte zwei Briefe an den Vorstand gerichtet, in welchen er schließlich zugibt, die beleidigenden Ausdrücke gebraucht zu haben, er sie aber nicht öffentlich retour nehmen könne, da er sich sonst kompromittiere. Nachdem sich noch einige Kollegen im Sinne des Vorsitzenden geäußert, wurde (weil die Sache nun schon so lange her und verschleppt worden ist) über diesen Punkt zur Tagesordnung übergegangen.

Abrechnung vom 3. Quartal: Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals 1270.

| | |
|---|---|
| Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse . . | 7157.50 M. |
| Einnahme der Lokalkasse . . . | 5299.99 M. |
| Ausgabe der Lokalkasse . . . | 1115.73 „ |
| Kassenbestand d. L.-K. | 4184.26 M. |

**Verschiedenes.** Der Vorsitzende macht noch auf § 31 des Verbandsstatuts aufmerksam und empfiehlt den Kollegen, sich den Paragraphen ordentlich durchzulesen. Etliche Kollegen regten noch an, daß sich die Kollegen noch mehr politisch organisieren und auch das Volksblatt abonnieren müßten. Die ländlichen Kollegen beschämten die Halleschen Kollegen, obwohl es die hiesigen bequemer haben. Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung. (Eingeg. am 26. ds.) W. W.

### Bergarbeiter.

Am 16. Oktober fand in Trebnitz eine öffentliche Bergarbeiterversammlung statt, welche von nahezu 100 Personen besucht war. Kamerad Dölle-Zeitz sprach über den 15. internationalen Bergarbeiter-Kongreß zu Paris. In einem einständigen Vortrag schilderte Redner die Arbeiten des Kongresses und führte unter anderem aus, daß der Kongreß alle zwei Jahre stattfinden solle. Betont wurde, daß in Northumberland bereits die 7stündige Arbeitszeit eingeführt sei. Die Vertreter des Kongresses aller Nationen sind für den Achtstundentag eingetreten. Kritisch erwähnt wurde das Massenunglück in Gerlebogk. Redner hob hervor, daß, wenn die Gruben Staatseigentum wären, solche Massenunfälle, wie sie immer und immer wieder unter der Herrschaft der Aktionäre vorkommen, nicht mehr möglich wären, da dann eine strengere Kontrolle stattfinden würde. Der Antrag von deutscher Seite, ein internationales Arbeitersekretariat zu gründen, wurde von amerikanischer Seite abgelehnt. Kamerad Dölle schilderte dann zum Schluß Paris zur Zeit der Revolution und jetzt, und hob hierbei nach seinen Beobachtungen hervor, daß der Franzose wohl fähig ist, zu demonstrieren, aber nicht sich zu organisieren.

Hierauf erstattete der Knappschaftsälteste L. Denhardt Bericht über das verflossene Geschäftsjahr des Neupreußischen Knappschaftsvereins. Aus diesem Bericht war ersichtlich, daß die Unfälle sich nicht, wie immer versichert wird, vermindern, sondern sich stets vermehren. Eine rege Diskussion fand über das Statutenbuch des Neupreußischen Knappschaftsvereins statt. Bemängelt wurde der § 29 Abs. 2, in welchem es heißt: „Der Vorstand ist berechtigt, unständigen Mitgliedern, wenn sie mindestens 18 Jahre ununterbrochen vor dem Eintritt der Unfähigkeit zur Verrichtung der Werkarbeit oder vor dem Tode dem Vereine angehört haben, Invalidenunterstützung usw. zu gewähren." Auch der § 51 Abs. c spricht vom „Ermessen" des Vorstandes. Ist dann das Ermessen des wohllöblichen Vorstandes mit Ja ausgefallen, dann bekommt das unterstützungsbedürftige Mitglied nach § 53 in Klasse 4, in welcher die meisten Mitglieder sind, sage und schreibe 8 (acht) M. pro Monat. In Klasse 5a—c 10 bis 15 M. Wirklich ein Statut, das der Arbeiterfürsorge durch das Bergwerkskapital alle Ehre macht. Eine rege Debatte entspann sich über die Maßregelungen im hiesigen Revier. Unsere Kameraden A. Roßberg und R. Nacke bekamen am Baggerwerk Arbeit; am fünften Tage wurde ihnen aber die Arbeit wieder gekündigt. Der Bauführer erklärte: „Warum, brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen, daß können Sie sich denken." — Wir denken's uns auch. Aber seit wann braucht dann Herr Kluge einen Vormund? Er brauchte notwendig Arbeiter, da durfte er sich nicht von anderer Seite beeinflussen lassen. Kamerad Roßberg erklärte diesen Fall ausführlich und sprach sein Bedauern darüber aus. Wenn alle Arbeiter zusammen hielten, könnten derartige Maßregelungen abgewehrt werden. Es ist noch nicht aller Tage Abend. Als sich noch einige Kameraden zum Wort gemeldet, ging ein Antrag von Kamerad Jacobs auf Schluß der Versammlung ein, welchem Antrag die Versammelten sich anschlossen. Kamerad Klingner schloß die Versammlung mit einem dreimaligen Glück auf! für den Verband. (Eing. 26. ds.) A. R.

## Die Herbst-Kontroll-Versammlungen 1904

im Landwehr-Bezirk **Halle a. S.** finden wie folgt statt:

**Kontrollbezirk 1.**

**Kontrollplatz Halle a. S.**

für die in der Stadt Halle a. S. und den eingemeindeten Vororten Giebichenstein, Trotha, Kröllwitz und Gut Gimritz bei Halle wohnenden Mannschaften.

**Sport-Hotel, Gr. Steinstr. 27/28:**

Spezial-Waffen:

Garde, Provinzial-Jäger, Maschinengewehrtruppen, Provinzial-Kavallerie, Provinzial-Feld-Artillerie, Provinzial-Fuß-Artillerie, Provinzial-Pioniere, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschiffertruppen, Provinzial-Train (Krankenträger), Sanitätspersonal, Veterinär-Personal, sonstige Mannschaften (Büchsenmacher, Oekonomie-Handwerker, Arbeitssoldaten), Marine.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 11. | Novbr. | morgens | 8 | Uhr, Jahrgang | 1897, |
| 11. | „ | „ | 10 | „ „ | 1898, |
| 11. | „ | mittags | 12 | „ „ | 1899, |
| 12. | „ | morgens | 8 | „ „ | 1900, |
| 12. | „ | „ | 10 | „ „ | 1901, |
| 12. | „ | mittags | 12 | „ Jahrgänge | 1902, 1903, 1904. |

Provinzial-Infanterie:

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 15. | Novbr., | morgens | 8 | Uhr, Jahrgang | 1897, |
| 15. | „ | „ | 10 | „ „ | 1898, |
| 15. | „ | mittags | 12 | „ „ | 1899, |
| 17. | „ | morgens | 8 | „ „ | 1900, |
| 17. | „ | „ | 10 | „ „ | 1901, |
| 17. | „ | mittags | 12 | „ Jahrgänge | 1902, 1903, 1904. |

**Für die Offizier-Aspiranten:**

14. November 1904, vormittags 10 Uhr, für sämtliche Offizier-Aspiranten aus den Kontrollbezirken 1 und 3 aller Jahrgänge und Waffen der Reserve.

Die Offizier-Aspiranten, welche in Ortschaften der Kontrollbezirke 2 und 4 wohnen, haben, wie die übrigen Mannschaften, auf den vorgeschriebenen Kontrollplätzen der Kontroll-Versammlung beizuwohnen.

**Kontrollbezirk 2.**

**Kontrollplatz Schwittersdorf, Gasthof zum Stern.**

3. November 1904, vorm. 11½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Beesenstedt, Böjenburg, Burgsdorf, Closchwitz, Dederstedt, Elben, Elbitz, Fienstedt, Gorsleben, Gödewitz, Hedersleben, Krimpe, Naundorf, Neehausen, Pfützthal, Quillschöna, Räther, Rottelsdorf, Rumpin, Schochwitz, Schwittersdorf, Trebitz bei Wettin, Volkmaritz, Wils, Börnitz, Zaschwitz.

**Kontrollplatz Gerbstedt — Gasthof zum goldenen Ring:**

4. November 1904, nachmittags 12½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Adendorf, Augsdorf, Freist, Friedeburg mit Straußhoff, Friedeburgerhütte, Gerbstedt, Gypshütte, Heiligenthal, Helmsdorf, Ihlewitz, Königswieck, Lochwitz, Oeste, Pfeiffhausen, Piesdorf, Volleben, Reidewitz, Thaldorf, Welfesholz, Zabenstedt, Zabitz, Zickeritz.

**Kontrollplatz Alsleben a. S. — Gasthof zur neuen Sonne:**

5. November 1904, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Alsleben, Beesedau, Beesenlaublingen, Belleben, Custrena, Mukrena mit Zweihausen, Neubeesen, Poplitz, Strenz-Naundorf, Haus-Zeitz.

**Kontrollplatz Könnern a. S. — Gasthof zum Ring:**

7. November 1904, vormittags 9½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Bebitz, Brucke, Cönnern, Dalena, Dornitz, Garsena, Gnölbzig, Golbitz, Hochedlau, Kirchedlau, Lebendorf, Mitteledlau, Mödewitz, Nelben, Rothenburg, Sieglitz, Trebitz bei Könnern, Trebnitz, Unterpeißen, Zellewitz.

**Kontrollplatz Löbejün — Gasthof zum Schützenhaus:**

8. Nov. 1903, vormittags 10 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Kaltenmark, Krosigk, Löbejün, Merbitz, Priester, Schlettau und Wieskau.

**Kontrollplatz Neutz — Gasthof zum Sattel:**

8. Nov. 1904, nachmittags 1 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Deutleben, Dobis, Domnitz, Döblitz, Dößel, Gimritz bei Wettin, Görbitz, Lettewitz, Mücheln, Nauendorf a. P., Neutz, Naunitz, Wettin.

**Kontrollbezirk 3.**

**Kontrollplatz Wallwitz — Gasthof zur Birke:**

9. November 1904, vormittags 8¾ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Beidersee, Dachritz, Frößnitz, Gutenberg, Groitzsch, Lehndorf, Löbnitz a. G., Merkewitz, Morl, Möderau, Nehlitz, Petersberg, Räthern, Sennewitz, Sylbitz, Teicha, Trebitz a. P., Wallwitz, Westewitz.

**Kontrollplatz Niemberg — am Bahnhofe:**

10. November 1904, vormittags 10½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Brachstedt, Braschwitz, Dammendorf, Eismannsdorf, Gödewitz, Harsdorf, Hohen, Hohenthurm, Inwenden, Niemberg, Obermaschwitz, Oppin, Oppin-Freiheit, Plößnitz, Pranitz, Rabatz, Rosenfeld, Schwerz, Spickendorf, Untermaschwitz, Wurp.

**Kontrollplatz Ammendorf — Gasthof zum Adler:**

11. November 1904, vormittags 10½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Bruckdorf, Döllnitz, Lochau, Osendorf, Planena.

11. November 1904, vormittags 11½ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Ammendorf, Beesen a. E., Burg i. A., Radewell.

**Kontrollplatz Dölau — Restaurant zum Heideschlößchen:**

12. November 1904, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Dölau, Lettin, Lieskau, Schiepzig, Salzmünde.

12. November 1904, mittags 12 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Brachwitz, Friedrichschwerz, Granau, Nietleben, Zscherben.

**Kontrollplatz Halle a. S. — Sporthotel, Große Steinstraße 27/28:**

14. November 1904, vormittags 8 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Böllberg, Burg bei Reideburg, Büschdorf, Capellenende, Canena, Crondorf, Diemitz, Kleinkugel, Mötzlich, Peißen, Reideburg, Seeben, Sagisdorf, Stichelsdorf, Schönnewitz, Tornau, Wörmlitz, Zöberitz.

**Kontrollplatz Gröbers — im Gasthofe:**

14. November 1904, vormittags 11¼ Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Benndorf bei Gröbers, Bennewitz, Dieskau, Gottenz, Groß-Kugel, Gröbers, Osmünde, Pritschöna, Schwoitzsch, Wesenitz, Zwintschöna.

**Kontrollbezirk 4.**

**Kontrollplatz Wansleben — Gasthof zum Seebad:**

3. November 1904, vormittags 10 Uhr, für sämtliche Jahrgänge und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Asendorf, Dornstedt, Eisdorf, Etzdorf, Köchstedt, Ober-Teutschenthal, Steuden Unter-Teutschenthal, Neu-Bitzenburg.

3. November 1903, vormittags 11 Uhr, für sämtliche Jahrgänge und Waffengattungen der Rerserve aus den Ortschaften: Bennstedt, Benkendorf, Cöllme, Höhnstedt, Langenbogen, Müllerdorf, Rollsdorf, Wansleben, Zappendorf.

**Kontrollplatz Oberröblingen — Gasthof zum Kronprinz:**

4. Novbr. 1904, vormittags 10½ Uhr, für sämtliche Jahrgänge und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Alberstedt, Amsdorf, Aseleben, Erdeborn, Hornburg, Oberröblingen, Obereesperstedt und Seeburg.

4. November 1904, mittags 12 Uhr, für sämtliche Jahrgänge und Waffengattungen der Reserve aus den Ortschaften: Schafsee, Stedten, Schraplau, Unteresperstedt und Unterröblingen.

**Kontrollplatz Helbra — Gasthof zum Kronprinz:**

5. Novbr. 1904, vormitt. 10 Uhr, für sämtliche Jahrgänge der Reserve der **Provinzial-Infanterie aus Helbra.**

5. November 1904, vormittags 11½ Uhr, für die sämtlichen Jahrgänge der Reserve **der Spezialwaffen aus Helbra und sämtlichen Jahrgänge der Reserve aus der Ortschaft Benndorf b. M.**

**Kontrollplatz Eisleben (für die Stadt) — Wiesenhaus:**

7. Novbr. 1904, vorm. 8 Uhr, für die Jahrgänge 1897, 1898 und 1899 aller Waffengattungen aus Eisleben.

7. Novbr. 1904, vormittags 10 Uhr, für die Jahrgänge 1900, 1901, 1902, 1903 und 1904 aller Waffengattungen aus Eisleben.

**Kontrollplatz Eisleben (für das Land) — Wiesenhaus:**

7. Novbr. 1904, mittags 12 Uhr, für sämtliche Jahresklassen und Waffengattungen aus den Ortschaften: Aebtischrode, Bischofrode, Helfta, Holzzelle, Hübitz, Lüttchendorf, Oberrißdorf, Unterrißdorf, Volkstedt, Wimmelburg, Wolferode und Wormsleben.

**Allgemein zu beachtende Bestimmungen.**

1. Zur Herbstkontrollversammlung haben zu erscheinen: **Die Reservisten einschließlich Dispositions-Urlauber und die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften**, sowie die dauernd Halbinvaliden mit ihrem Jahrgang und Waffe. Welcher Jahresklasse jeder einzelne angehört, ist auf dem Deckel des Militärpasses zu ersehen.

**Ganz-Invaliden, sowie Invaliden, welche auf Zeit anerkannt sind, erscheinen nicht zur Kontrolle.**

Besondere Gestellungsbefehle werden nicht ausgegeben, vielmehr ist jeder Kontrollpflichtige lediglich infolge dieser Bekanntmachung zum Erscheinen verpflichtet.

2. Die im Frühjahr dieses Jahres von der Kontroll-Versammlung entbundenen gewesenen Mannschaften der Land- bezw. Seewehr 1. Aufgebots (Jahrgang 1892) werden behufs Ueberführung zum 2. Aufgebot durch besondere Gestellungsbefehle zur Kontroll-Versammlung beordert.

3. Unentschuldigtes Ausbleiben oder Gestellung auf einem anderen Kontrollplatze bezw. zu anderer Zeit als befohlen, hat die gesetzliche Strafe zur Folge.

4. Bei den Kontrollen werden die Kriegsbeorderungen und Paßnotizen geprüft. Leute, welche dieselben vergessen oder einen Verlust dem Hauptmeldeamt nicht gemeldet haben, werden bestraft. Diejenigen Mannschaften, welche mehr als eine Kriegsbeorderung in Händen haben, sind verpflichtet, dies **sofort** dem Hauptmeldeamt zu melden.

5. Auf die sofortige Meldung der eingetretenen Wohnungsveränderungen wird nochmals hingewiesen.

**Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.**

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0003

**Schuhwaren** sehr billig im **Räumungs-Verkauf Grosse Ulrichstrasse 32.**

# Sozialdemokratischer Verein f. Halle u. den Saalkreis.

**Donnerstag den 27. Oktober abends 8½ Uhr im Gasthaus zu den 3 Königen, Kl. Klausstraße 7**

## General-Versammlung.

**Tagesordnung:** 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Wahl der ausscheidenden Mitglieder der Preß-Kommission. 4. Wahl des Zentral-Agitations-Komitees. 5. Sonstige Anträge.

**Der Vorstand.**

# Konsumverein Halle-Giebichenstein.

**Verkaufsstelle Eichendorffstraße 25**

ist **Montag den 31. Oktober** wegen **Inventur**

**geschlossen.**

## Nietleben. Nietleben.

**Sonntag den 30. Oktober nachm. 3½ Uhr im Lokale „Zur Sonne" (A. May)**

## gr. öffentl. Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten **Fritz Kunert** über: **Die gegenwärtige politische Lage.** 2. Freie Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sämtliche Einwohner, Männer und Frauen aus den Ortschaften Nietleben, Dölau, Lettin, Lieskau, Zscherben und Passendorf werden freundlichst eingeladen. **Der Einberufer.**

## Weißenfels.

## Sozialdemokr. Verein.

**Sonnabend den 29. Oktober abends 8 Uhr in der Zentralhalle**

## Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Bremer Parteitag. Ref.: Genosse **Leopoldt-Zeitz.** 2. Berichterstattung vom Bezirkstag. 3. Diskussion.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

## Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und and. gewerbl. Arbeiter.

**Sonnabend den 29. Oktober abends 8½ im Saale der Moritzburg, Harz 51**

## Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung vom 3. Quartal. 2. Verschiedenes. **Die Ortsverwaltung.**

## Verband der Glaser, Filiale Halle a. S.

**Sonnabend den 29. Oktober**

findet im **Bellevue** (Lindenstraße 78) unser

## 8. Stiftungsfest

bestehend in **Konzert, Gesangsvorträgen u. Ball** statt, wozu alle Kollegen und Freunde einladet **Das Komitee.**

**Anfang 8 Uhr.**

## Weißenfels. „Stadt Naumburg." Weißenfels.

**Sonnabend den 29. Oktober**

findet ein großes

## Extra-Konzert

mit nachfolgendem unbeschränkten **BALL** statt. **(Orchester 20 Mann).** Einer zahlreichen Beteiligung sieht entgegen **Anfang 8 Uhr.** **L. Müller.**

**Gr. Märkerstrasse 2, am Markt.**

## Echter Brust-Malzzucker!

**Glänzend bewährtes Mittel.**

Wer Husten hat, an rauhem Hals, Heiserkeit oder Verschleimung leidet. **à Pfd. 75 Pfg., ½ Pfd. 20 Pfg.** offeriert **A. Trautwein,** Gr. Ulrichstr. 31.

**Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle**

kauft fortwährend **Joh. Bernhardt,** Kellnerstr. 4.

**Milch frei Halle!** Zu jedem Quantum werden sofort Abnehmer **gesucht.** Offerten unter **M. H. 100** an die Exped. d. Blattes.

## Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Freitag den 28. Oktober 1904

44. Abonn.-Vorstell. 4. Viertel.

Beamtenkarten giltig.

Schülerkarten an der Tages- und Abendkasse.

4. Vorstellung im Goethe-Zyklus.

**Torquato Tasso.**

Ein Schauspiel von W. v. Goethe.

Abends 7½ Uhr. Ende nach 10¼ Uhr.

Sonnabend den 29. Oktober 1904

45. Abonn.-Vorst. 1. Viertel.

Beamtenkarten giltig.

**Der Waffenschmied v. Worms**

Kom. Oper in 3 Akten v. Albert Lortzing.

## Neues Theater, Halle a. S.

Freitag und Sonnabend:

**TRAUMULUS.**

## Walhalla-Theater.

**Nur noch wenige Tage das beliebte**

**Kölner Ensemble**

und

**Bernhard Mörbitz.**

Am Montag den 31. Oktober

**Abschieds-Vorstellung**

des jetzigen Spielplanes.

## Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

**Donnerstag den 27. Oktober**

Letztes **Gastspiel** von

## Hartstein

**Tränen werden gelacht.**

Heute Mittwoch den 26. Okt. zum vorletzten Male: Die famosen Burlesken **„Ein tolles Haus"** und **„Die Frau auf Pump"** mit **Hartstein** in den Hauptrollen.

## Freie Radler Zeitz.

**Sonntag den 30. Oktober im Deutschen Kaiser**

**Kränzchen.**

Hierzu ladet Freunde und Gönner ein **Der Vorstand.**

## Restaurant zur Funkenburg,

**Freiimfelderstraße 38.**

Heute Donnerstag den 27. d. M.

**Altenburger Skat-Turnier.**

Es ladet freundl. ein **Bernh. Fahlisch.**

**Handschuhe Krawatten Hüte**

empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen

**Spezialgeschäft von**

**Otto Blankenstein, Leipzigerstr. 36.**

## Bremer Parteitags-Protokoll.

Geb. 1 Mk., brosch. 70 Pf.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**

## Protokoll

über den

## Internat. Sozialisten-Kongress zu Amsterdam 1904.

Preis: 40 Pfg.

Zu beziehen durch

**Die Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

## Metallarb.-Verband Zeitz.

**Versammlung am 29. Okt. findet nicht statt.**

**Die Verwaltung.**

## Friedrich Peilcke,

**Möbel-Magazin, Geiststrasse 25,**

**Neu und Gebr.**

bietet stets Gelegenheitskauf jeder Art Möbel bis zu den hochfeinsten, als: in Eiche, Nußbaum, Mahagoni, Birke und imitiert, ebenso in Garnituren, Divans, Paneel- und anderen Sofas.

**Kompl. Salon-, Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen.**

Ferner: Größere Posten neuer gestickter Portieren in Tuch, Plüsch und Wolle.

**Alte Möbel**

**nehme stets in Zahlung.**

Salontischchen
Ecktischchen
Bücher-Etageren
Bücherbretter
Hocker
Ofenbänke
Handtuchhalter
Konsolen.

**C. F. Ritter**

**Halle (S.), Leipzigerstr. 90.**

**Auf alle Preise 5 Prozent Rabatt-Spar-Marken.**

## 4! Tabakspfeifen

empfiehlt in gr. Ausw. billigst **Ernst Karras jun.,** Leipzigerstraße 4.

## Billig.

Alles getragen aber gut erhalten **300** getr. Winter- u. Herbstüberzieher **200** getr. Eisenbahn- u. Kommißmänt. sowie Zivilmäntel, Joppen 2c. **200** getr. Herrenjackett- u. Rockanz., einz. Hos., West., Jacketts, Jopp. 2c. **200** neue u. getr. Halb- u. Langstiefel., Stiefeletten, Holzschuhe 2c. **200** getr. Taschenuhren, Uhrk., Opern-gucker, Ziehharmonikas, Geigen 2c. Holz- u. Reisekoffer, Handkoffer 2c. **500** Militärhandschuhe a Paar 25 Pf. Alles billig.

**Schülershof 1. Redner.**

**Hochfeines selbstgekochtes Pflaumenmus** à Pfd. **25 Pfg.** empfiehlt **Albert Schröder. Hirtenstr. 14.** **10% Rabatt.**

## Dörre,

**trocken und gesalzen,** zu haben bei **S. Hahn, Dorotheenstr. 15.**

## Das meiste Geld

zahlt stets für **Möbel, Pianinos, Geldschränke, Laden-, Kontor- u. Restaurations-Einrichtungen**

**Friedrich Peilcke,**

**Telephon 2450. Geiststr. 25.**

## Gasthof Bahnhof Deuben.

Sonntag den 30. Okt. abends 8 Uhr

**Vorstellung lebender Photographien.**

1. Platz 70, 2. Platz 50, Gallerie 30 Pf.

Nachm. 4 Uhr **Kinder-Vorstellung.**

1. Platz 20, 2. Platz 15. Galerie 10 Pf.

**Int. Phisographia.**

## Feuer-Aquisiteur

resp. Agenten unter sehr günstigen Bedingungen gesucht Gefl. **Off. unt. B. c. 6719 an Rudolf Mosse, Halle.**

Gut **möbl. Zimmer** m. Kab., separ. Eing., 25 Mk., z. verm. **Meckelstr. 8.**

## Hochf. Winter-Kartoffeln

**à Zentner 3.50 Mk.**

liefert frei Haus

**H. Schmidt, Dryanderstr. 18.**

**Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle**

kauft fortwährend **S. Hahn, Dorotheenstr. 15.**

## Glück auf, Streckau.

Sonntag u. Montag den 30. u. 31. Okt

**Kirchweihfest.**

An beiden Tagen von 4 Uhr an **starkbesetzte Ballmusik.**

**Montag grosse humor. Abend-Unterhaltung,** ausgeführt von 2 Damen u. 2 Herren. Es ladet freundl. ein **Alb. Zausch.**

## Gasthof Luckenau.

**Sonntag den 30. und Montag den 31. Oktober nachmittags 4 Uhr**

## Kirmes mit Ball.

Hierzu ladet freundlichst ein **Reinh. Herzog.**

NB. ff. **Nachtwächter wie bekannt.**

## Restaurant Reinhold Wagner,

**Zeitz, Voigtstraße.**

Dienstag den 1. November

**Kaffee-Kränzchen,**

wozu ergebenst einladet **Reinhold Wagner.**

Stube u. Kammer 1. Nov., monatlich 7.75 M. prämum. **Steg 19.**

Freitag **Schlachte-Fest.** **G. Gerig, Rosenstr. 2.**

Freitag **Schlachte-Fest.** **J. Bause** Advokatenweg 30.

Freitag **Schlachtefest.** **Fr. Peters** Blumenthalstraße 27.



Morgen Freitag **Schlachtefest.** **Wilhelm Pöttger,** Kellnerstraße 10a.

## Makulatur

verkauft

**Volksblatt-Druckerei.**

**Alle Schreibmaterialien** empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0004

# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 254. Halle a. S., Freitag den 28. Oktober 1904. 15. Jahrg.

## Vertreterwahlen in der Arbeiterversicherung.

In den letzten Tagen haben in Halle a. S. die Wahlen der Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat in Halle a. S.) stattgefunden. Die vom Vorstande des Verbandes der Ortskrankenkassen hierselbst aufgestellten Kandidaten der Arbeitnehmer sind gewählt worden. Es sind dies die Herren:

Schlosser **Emil Scheurich**, Halle a. S.
Geschäftsführer **Wilhelm Heyne**, Halle a. S.
Maler **Jakob Arnold**, Halle a. S.
Töpfer **August Billain**, Halle a. S.

Die Arbeitgeber haben die bisher amtierenden Beisitzer wiedergewählt, ihre Stimmen also den vom Vorstande des Ortskrankenkassenverbandes aufgestellten Kandidaten nicht gegeben.

In nächster Zeit finden nun noch die Wahlen je eines Vertreters und je zweier Ersatzmänner zum Ausschuß der Landes-Versicherungs-Anstalt aus dem Stande der Arbeitnehmer und Arbeitgeber statt. Der Vertreter und die Ersatzmänner zum Ausschuß werden nun noch von den früheren, also nicht von den jetzt neugewählten Beisitzern der unteren Verwaltungsbehörde gewählt. Die Vertreter der Arbeitgeber und die Vertreter der Arbeitnehmer wählen getrennt. Die Wahl erfolgt durch Nennung des Namens, der Berufsstellung und des Wohnortes des zu Wählenden, also nicht schriftlich sondern mündlich. Als Wahlbezirke sind mehrere Bezirke der unteren Verwaltungsbehörde zusammengelegt. So bilden im Verbreitungsbezirke des Volksblattes folgende Kreise je einen Wahlbezirk:

1. Stadtkreis Halle a. S.
   Kreis Merseburg.
   Kreis Zeitz.
2. Kreis Delitzsch.
   Kreis Bitterfeld.
   Saalkreis.
3. Kreis Wittenberg.
   Kreis Schweinitz.
   Kreis Torgau.
   Kreis Liebenwerda.
4. Kreis Querfurt.
   Kreis Naumburg a. S.
   Kreis Weißenfels.
   Stadtkreis Weißenfels.
5. Mansfelder Seekreis.
   Mansfelder Gebirgskreis.
   Kreis Sangerhausen.

In den vorgenannten fünf Wahlbezirken ist es nun Pflicht der Versicherten, sich sofort über die Aufstellung eines geeigneten Vertreters und zweier Ersatzmänner zu verständigen. Soweit wir unterrichtet sind, haben sich die Versicherten in den Kreisen: Halle-Stadtkreis, Merseburg und Zeitz bereits verständigt. Hoffentlich geschieht dies ungesäumt auch in den anderen Kreisen. Alsdann muß mit den jetzt amtierenden Beisitzern der unteren Verwaltungsbehörde in Verbindung getreten werden, damit diese die aufgestellten Kandidaten wählen.

Diesmal gilt es, tüchtige Vertreter zu wählen, zumal den armen Invaliden keine guten Aussichten bevorstehen. So haben nach dem letzten Versicherungsbericht der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt im Kreise Wanzleben und Worbis bei **887** Invalidenrenten-Empfängern **150** Rentenentziehungen stattgefunden und **73** haben „freiwillig" auf Weitergewährung der Rente verzichtet. Wie dieses „freiwillig" ausgesehen hat, darüber wird der Kreisarzt Dr. Thilow sich am besten äußern können. Erforderlichenfalls sollen allmählich — kreisweise — solche „Nachuntersuchungen" vorgenommen werden. Also nette Aussichten für die Invalidenrentenempfänger. Um so größer ist die Pflicht aller Wahlberechtigten, durch Wahl tüchtiger und zuverlässiger Vertreter die Gefahr, die den Rentenempfängern droht, nach Möglichkeit zu verringern.

## Aus dem Zeitz-Weißenfelser Kohlenrevier.

Daß die Lage der Braunkohlenarbeiter im hiesigen Revier keine glänzende ist, und die jetzt vorhandene Unzufriedenheit sich sehr leicht erklären läßt, geht neben der oft schofelen Behandlungsweise durch verschiedene Beamte auch aus der Statistik über Fördermenge und Wert, Belegschaftszahl und den amtlich nachgewiesenen Löhnen hervor. Es läßt sich beweisen, daß die Löhne nicht entsprechend der Leistung gestiegen, sondern tatsächlich gefallen sind. Im 4. Quartal 1903 waren im Oberbergamtsbezirk Halle 258 Werke im Betriebe. Die Fördermenge betrug in dieser Zeit 8 571 073 Tonnen bei einer Gesamtbelegschaft von 35 154. Im 4. Quartal 1902 waren dagegen 265 Werke im Betriebe, und die Fördermenge betrug 8 347 812 Tonnen bei einer Belegschaft von 35 490. Während also die im Betriebe befindlichen Werke um 7 zurückgegangen sind, die Belegschaft um 336 reduziert wurde, ist die Fördermenge im 4. Quartal 1903 gegen dasselbe Quartal im Vorjahre um 223 261 Tonnen gestiegen. Im letzten Quartal 1902 betrug die Durchschnittsförderung pro Kopf 235 Tonnen, 1903 waren es 244 Tonnen. Die Leistung jedes Arbeiters ist 1903 also erheblich höher gewesen als im gleichen Zeitraum des Jahres vorher, denn nur ein Teil der gesamten Belegschaft ist an der eigentlichen Kohlengewinnung beteiligt. Im Oberbergamtsbezirk Halle erzielten die Kohlenbergleute eine über den Durchschnitt für Preußen gehende Leistung. 1903 betrug für ganz Preußen die Förderung an Braunkohle im Durchschnitt pro Jahr und Arbeiter 892 Tonnen, während sie im Oberbergamtsbezirk Halle 896 Tonnen betrug. Der Wert dieser Arbeitsleistung belief sich in ganz Preußen auf 2096 Mk., im Oberbergamtsbezirk Halle dagegen auf 2105 Mk. Die Werte sind berechnet nach den amtlich ermittelten Durchschnitten pro Tonne und zwar der Rohkohle. Die Löhne sind also entsprechend der höheren Leistung nicht gestiegen sondern tatsächlich gefallen. Denn während im 4. Quartal 1902 der Durchschnittslohn pro Schicht und Arbeiter **2.97 Mk.** betrug oder jährlich **889 Mk.**, stellte er sich im 4. Quartal 1903 auf **3.01 Mk.** pro Schicht oder jährlich **903 Mk.**, eine lächerliche Erhöhung des Lohnes gegenüber der Mehrleistung und dem Werte.

Auch in der ersten Hälfte des Jahres 1904 macht sich, soweit amtliche Nachrichten vorliegen, dasselbe Verhältnis bemerkbar. Die Belegschaft ist im Oberbergamtsbezirk Halle wieder zurückgegangen und betrug 34 137. Die Fördermenge betrug trotzdem 15 610 093 Tonnen, so daß auf jeden Arbeiter eine Leistung von 457 Tonnen in dem halben Jahre kommt, noch etwas mehr als im Vorjahre. Der Lohn ist aber in dieser Zeit, trotz der höheren Leistung, pro Schicht um 1 Pfennig gesunken. Wir sehen also aus den Zahlen, daß der Arbeiter mehr Leistung, mehr Werte schaffen muß, während der Lohn immer niedriger wird. Das ist die Signatur im hiesigen Braunkohlenrevier.

Es kann daher durchaus nicht wundernehmen, wenn die Krankenziffern, sowie die Unfälle steigen. Sind doch letztere von 9,02 im Jahre 1902 auf 10,49 im Jahre 1903 pro 1000 Arbeiter gestiegen. Die Unternehmer, sowie die von ihnen besoldete Presse sind natürlich gleich bei der Hand, die Ursache dafür zu finden. Nicht durch Antreiberei entstehen Unfälle, nicht durch die angenügenden sanitären Einrichtungen auf den Werken entstehen Krankheiten, nein, der Arbeiter läßt sich mit einer gewissen Wollust die Knochen zermalmen, um in den Genuß einer großartigen Rente zu kommen. Er simuliert Asthma, rheumatische und sonstige Leiden, um nur das hohe Krankengeld zu bekommen. Auf diese Weise wird der Arbeiter noch verdächtigt, wenn er sich im Interesse des Kapitalismus auf diese oder jene Weise zur Ruine abgerackert hat. Bessere Zustände können aber nur eintreten, wenn der Arbeiter es selbst will. R. D.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**§ Angebliche Beleidigung von Bergbehörden.** Der verantwortliche Redakteur Leimpeters von der Deutschen Bergarbeiterzeitung wurde von der Strafkammer des Saargemünder Landgerichts wegen Beleidigung zu einer Gefängnisstrafe von einem Monat verurteilt. Die Beleidigung wurde gefunden in einem Artikel der Deutschen Bergarbeiterzeitung vom 19. September v. J., in welchem Mißstände in der Verwaltung der Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft gerügt und für diese Mißstände die ganze Beamtenschaft verantwortlich gemacht wurde. Auf diesen Artikel reichten 52 Beamte der Gesellschaft Klage wegen Beleidigung ein und erreichten bei dem Schöffengericht St. Avold eine Verurteilung des Redakteurs Leimpeters zu zwei Monaten Gefängnis. Dieser legte Berufung gegen dieses Urteil ein. In der Verhandlung vor der Saargemünder Strafkammer gelang es dem Angeklagten, für verschiedene der angegebenen Mißstände den Beweis zu erbringen. Die Angriffe auf die Allgemeinheit der Beamtenschaft wurde jedoch von der Strafkammer als nicht erwiesen erachtet, und Leimpeters wurde zu der angegebenen Gefängnisstrafe verurteilt.

## Parteinachrichten.

— **Der Parteivorstand** gibt bekannt: Das Ableben des Genossen Albert Schmidt gibt einem Teile unserer Parteipresse Anlaß, sich mit den materiellen Verhältnissen, in denen Schmidt lebte, zu beschäftigen. Es wird dabei verschiedentlich die Behauptung aufgestellt, Schmidt habe bald nach Verlassen des Gefängnisses „einen verzweifelten Kampf um die Existenz führen müssen", was ihn schwermütig gemacht habe usw. Die Gegner greifen diese, wie wir keinen Augenblick zweifeln, in gutem Glauben gegebene Darstellung auf und behaupten ihrerseits, „es gibt nicht nur den bekannten Dank vom Hause Habsburg, sondern einen vielleicht noch schlimmeren von der sozialdemokratischen Partei".

Um zu verhindern, daß mit diesen Behauptungen weitere hämische Angriffe gegen die Partei gerichtet werden, geben wir folgende auf Tatsachen beruhende Darstellung: Während der drei Jahre, die Schmidt im Gefängnis zubrachte, erhielt seine Familie das volle Gehalt (monatlich 250 Mk.) ausgezahlt. Die Kosten der Selbstbeschäftigung wurden von der Parteikasse getragen.

Nach dem Verlassen des Gefängnisses konnte Schmidt natürlich nicht sofort wieder seinen Beruf aufnehmen. Ein Mann, der durch Gefängnismauern drei Jahre vom politischen Leben abgeschlossen wurde, braucht reichlich Zeit, ehe er wieder journalistisch tätig sein kann. Der Parteivorstand erachtete es daher als selbstverständliche Pflicht, den Genossen Schmidt wirtschaftlich über Wasser zu halten, indem ihm sein Gehalt mit monatlich 250 Mark aus der Zentralkasse weiter gezahlt wurde.

Im Laufe der Monate stellte sich aber heraus, daß Schmidt dem aufreibenden Dienst in der Tagespresse wohl überhaupt nicht mehr gewachsen war. Es wurde ihm deshalb Gelegenheit gegeben, sich im Verwaltungsfache auszubilden, und ihm schließlich, nachdem er im Hamburger Parteigeschäft längere Zeit als Volontär zur Zufriedenheit gearbeitet hatte, die Verwaltung des Bielefelder Geschäfts übertragen.

Während der ganzen Zeit, von der Entlassung aus dem Gefängnisse bis zum Tage des Eintritts in das Bielefelder Geschäft — im ganzen 14 Monate — erhielt Schmidt seinen vollen Gehalt. Er hat mithin nicht einen Tag den Kampf um die Existenz führen müssen.

Vom Undank der Partei kann also nimmermehr die Rede sein. Alles was Genosse Schmidt auf Grund der gebrachten Opfer von der Partei fordern konnte, hat diese im reichlichen Maße gewährt.

— **Zur Stadtverordnetenwahl in Altenburg** ist noch nachzutragen, daß unsere Genossen Weise, Stritzke, Dreisel, Zipfel und Lederer mit 814—817 Stimmen gegen 702—722 der Gegner gewählt worden sind. Unsere Parteigenossen haben jetzt im Bürgervorstand 9 Vertreter.

— **Parteipresse.** Im Betriebe der Druckerei unseres Brandenburger Parteiblattes ist der achtstündige Arbeitstag für das gesamte Personal eingeführt worden.

— **Die württembergische Kammer der Standesherrn** beschloß, die vom Justizministerium nachgesuchte Erlaubnis zur Strafverfolgung unseres Genossen Keil nicht zu erteilen. Keil sollte in einer Protest-Versammlung die erste Kammer beleidigt haben.

— **Der große Stadtrat** in Zürich wählte zum ersten Male einen Sozialdemokraten, unseren Genossen Arbeitssekretär Greulich, zum Präsidenten.

— **Kampfopfer in Spanien.** Nach dem El Socialiste ist unser alter Genosse Iglesias wegen angeblichen „Angriffs auf die Bürgergarde" zu 1 Monat 21 Tagen Gefängnis und 125 Pesetas Buße verurteilt worden. Unsere Genossen in Madrid wollen Protest-Demonstrationen gegen dieses Urteil veran-

## Kleines Feuilleton.

**Was einem deutschen Dichter in Amerika passieren kann.** Aus Newyork wird geschrieben: Herrn F. A. Beyerlein und seinem Zapfenstreich spielt man hier noch übler mit, als die Militärbehörde in manchen Städten Deutschlands. Die Gebrüder Schubert, die hier eine Art Theatertrust haben, hatten das Stück für die amerikanische Bühne erworben und führten es in einer guten Uebersetzung auf. Es erhob sich ein Entrüstungssturm unter den jungen Damen, welche die Matinees besuchen (jeden Tag gibt's hier eine Matinee). „Was," hieß es, „das arme verführte Mädchen soll sterben, während der Verführer weiter leben kann und es womöglich noch zum kommandierenden General bringt! Shocking!" Nun sind die Herren Gebrüder Schubert nicht gesonnen, sich durch die sonderbaren Anschauungen eines Schriftstellers in ihrer Hauptbeschäftigung, dem Geldmachen, stören zu lassen, und so änderten sie den Schluß. Das Laster erbrach sich, und die Tugend setzte sich zu Tisch — der Leutnant wurde erschossen und Klärchen konnte sich weiter ihres Daseins erfreuen. Jetzt kam ein neuer Protest, diesmal von den Leuten, die ihr Geld zahlten, um Beyerleins Stück zu sehen und nicht, um sich über das Banausentum der Direktoren zu ärgern. Nun wurde wieder acht Tage der Zapfenstreich, wie er wirklich ist, gespielt. Aber dann ertönten die Proteströfe der Matineemädchen von neuem, verstärkt durch die berufenen Schützer der sittlichen Weltordnung, die Pastoren. Und jetzt muß wieder der arme Leutnant sterben.

**Die amerikanischen Krösusse.** Nach den jüngsten Steuerveranlagungen in den Vereinigten Staaten ist, wie aus Newyork berichtet wird, der Grundeigentumswert der größten Steuerzahler im ganzen Lande: M. Field, Chikago 40 000 000 Dollars, J. J. Astor, Newyork 35 300 000 Dollars, W. Weightman, Philadelphia 30 000 000 Dollars, Wm. W. Astor, Newyork 27 500 000 Dollars, L. Z. Leiter, Chikago 13 000 000 Dollars, Otto Young, Chikago 10 350 000 Dollars, H. C. Frick, Pittsburg 10 000 000 Dollars, F. White, Baltimore 8 000 000 Dollars, W. Cheßman, Denver 6 000 000 Dollars, J. M. Sears, Boston 4 500 000 Dollars. Von diesen zehn reichsten Grundbesitzern ist Weightman in Philadelphia kürzlich gestorben und hat seine einzige Tochter zur Universalerbin eingesetzt. Fields Reichtum ist natürlich ebensowenig wie der der übrigen Großgrundbesitzer durch die Ziffern der Steuerbehörde erschöpft; man schätzt vielmehr sein Gesamtvermögen, das zum Teil in Werten der Pullman Car Co. angelegt ist, auf etwa 250 000 000 bis 300 000 000 Dollars. (Ein Dollar ist reichlich 4 Mk.) Unter den Steuerzahlern, die mit beweglichem Vermögen hoch eingeschätzt sind, stehen obenan Carnegie mit 5 000 000 Doll. Einkommen, John D. Rockefeller mit 2 500 000 Dollars und Russel Sage, der bekannte Newyorker Geizhals, mit 2 000 000 Dollars. Die Vereinigten Staaten kennen bisher keine Steuergesetze, die es gestatteten, die Reichen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend heranzuziehen. Haupteinnahmequelle ist und bleibt vorläufig der Einfuhrzoll; eine Einkommensteuer befürworten nur die Radikalen.

## Mecklenburgische Prinzessinnensteuer.

Jochen Päsel, alter treuer,
Mecklenburger, zahl' die Steuer,
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Fünfzig blanke Pfennig sollen
Alle dem Prinzeßchen zollen,
Und das ist doch wenig.

Jochen, freue Dich der Ehren,
Darfst Prinzeßchens Mitgift mehren;
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Siebzigtausend Mark im ganzen
Kommen in den Mitgiftranzen,
Eigentlich zu wenig.

Jochen, sträube Dich nicht länger;
Sieh', da kommt schon der Empfänger;
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Zahl' in Kupfer oder Nickel,
Sonst nimmt er Dich noch beim Wickel,
Schüttelt Dich ein wenig.

Jochen, lieber Jochen, bleche
Für die teure Hochzeitszeche,
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Speis' und Trank beim Hochzeitsfeste
Für so viel erlauchte Gäste
Kosten gar nicht wenig.

Jochen Päsel, loß' das dumme
Widerborstige Gebrumme.
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Spare sie an Deinen Kindern;
Wird die Hochzeitsfreud' zwar mindern,
Aber das macht wenig.

Jochen, Du bist steuerpflichtig;
Die Verlobung ist schon richtig;
Zahl' die fünfzig Pfennig!
Sitzen sie beim Hochzeitsschmause,
Bei Kartoffeln Du zu Hause
Feierst auch ein wenig!

•

Auch der Frankfurter satirische Dichter Friedrich Stoltze beschäftigt sich in einem Gedicht mit der Prinzessinnensteuer, die 1862 in einem andern Lande erhoben wurde, das nette Gedichtchen lautet:

### Prinzessinnen-Steuer.

(1862.)

Heinrich, Wir von Gottes Gnaden,
Möchten gern verheuraten
Unsere älteste Prinzeß,
Doch am Besten fehlt's indes.

Darum schreiben wir in Hulden
Fünfunddreißighundert Gulden
Steuern aus zu dieser Frist,
Was ein wahrer Bettel ist.

Morgen geht herum der Teller, —
Sieben Groschen und drei Heller
Macht's per Kopf nur überhaupt;
Mehrbeträge sind erlaubt.

Schließlich kann man auch bezahlen
Statt des Geld's in Naturalen,
Spätkartoffeln, Speck und Schmalz,
Butter, Eier, Milch und Salz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0005

stalten und Iglesias am Tage seiner Einkerkerung **bis zum** Tor des Gefängnisses begleiten.

— **Zur Einigung der französischen Partei** schreibt man aus Paris folgendes: Am Sonntag hielt der Vorstand der französischen sozialistischen Partei (Jauresisten) eine Sitzung ab, in der alle Provinzgruppen und die parlamentarische Fraktion vertreten waren. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: „In Erwägung, daß in den Verhandlungen, die zur Einigung der verschiedenen französischen sozialistischen Fraktionen eröffnet werden, die zukünftige Taktik der geeinigten französischen Sozialdemokratie festgelegt werden wird, die sich nach den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses richten soll, beschließt die französische sozialistische Partei, sich bei der Einigungskommission durch eine Delegation von 15 Mitgliedern vertreten zu lassen." Diese Resolution, in der ausdrücklich der Beschluß des Amsterdamer Kongresses als maßgebend anerkannt wird, kann zur Einigung der französischen Partei viel beitragen.

**Ungarn.** Die Pascha-Wirtschaft in Ungarn. In Ungarn ist der Stuhlrichter in seinem Bereich der willkürlichste Herrscher, der das Gesetz nach Gutdünken auslegt, der äußerste Milde walten lassen, der aber auch den Tyrannen spielen kann. Das letztere geschieht natürlich stets gegenüber den sozialdemokratischen Partei-Angehörigen. In vielen Orten werden, wie wir der Volksstimme, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Ungarns entnehmen, unsern Parteigenossen 5, 6 und noch mehr Versammlungen hintereinander verboten. In Szolnak verbot man unsern Genossen 9 Versammlungen hintereinander. Die Begründungen der Verbote sind derart, daß selbst die auf diesem Gebiete nicht unerfahrenen sächsischen Behörden daraus etwas lernen könnten. So wurde eine Versammlung in Szolnak verboten, weil „die gegenwärtige Teuerung und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Volksversammlung auf die ärmere Bevölkerung nicht beruhigend wirken würden". Noch interessanter ist ein Entscheid, der im Auftrage des Ober-Stuhlrichters von Totis gegeben wurde; einige Sätze mögen hier wörtlich aufgeführt werden:

Die Abhaltung der geplanten Unterhaltung im Pothanszkischen Gasthause in Tovaros kann ich nicht gestatten, weil das Lokal so weit weg von der Gemeinde ist, daß ich zur Ueberwachung keine genügende Anzahl Organe zur Verfügung habe.

Nachdem aber an diesem Tage die Kirchweihe in Baj stattfindet und von dort heimkehrende, angeheiterte und rauflustige Einwohner auch anderer Gemeinden die Unterhaltung der Jugend leicht stören und schließlich Raufereien nach sich ziehen könnten, mir aber ungenügende Polizeimannschaft zur Verfügung steht, so kann ich die Abhaltung der Tanzunterhaltung nicht gestatten.

## Gewerkschaftliches.

**Textilarbeiter-Streik.** In der Tuchfabrik von Craus u. Hoffmann in Aachen sind wegen Differenzen um den Minimaltarif 31 Weber in den Ausstand getreten.

**Achtung, Metallarbeiter!** In Kleyers Fahrradfabrik in Frankfurt a. M. sind wegen fortgesetzter Maßregelungen Differenzen ausgebrochen.

**Der Mülheimer Bier-Boykott** ist aufgehoben worden, nachdem die boykottierten und übrigen Brauereien Mülheims die Forderungen der Brauereiarbeiter auf Grund deren Tarifs anerkannt haben. Die Frage der Anerkennung der Organisation der Brauereiarbeiter wurde bis auf weiteres vertagt.

**Tischler.** In der Kistenfabrik von M. Simon in Magdeburg-Neustadt sind sämtliche Arbeiter ausgesperrt worden. — In Wittenberge sind in der Tischlerei von Neumann Differenzen ausgebrochen.

## Ausland.

**England.** Der gegenwärtige Streik der Zigarrenmacher läßt wieder einmal deutlich den Mangel einer selbständigen Arbeiterpresse erkennen. Dieser Streik ist einer der bedeutsamsten der letzten Jahre; er ist die Folge der despotischen Behandlung der Arbeiter seitens des amerikanischen Tabak-Trusts. Von der gesamten Presse wird der Streik fast totgeschwiegen; die Gründe hierfür sind nicht weit zu suchen. Die kapitalistischen Blätter sind in erster Linie Inseratenblätter und der Imperial-Tabaktrust ist ein guter Inseratenkunde. Es ist bezeichnend, so bemerkt die Justice, daß die Daily News, welche vorgibt, der Arbeiterbewegung freundlich gegenüber zu stehen, während der Dauer des Streiks durch Inserate des Tabaktrusts Streikbrecher für denselben suchte. Daily News ist zu moralisch, so bemerkt Justice in bitterer Ironie, das Inserat eines Alkoholverkäufers zu veröffentlichen, weil dies seinen kapitalistischen Hintermännern nicht gefallen würde, anders liegt es, wenn nur Arbeiter in Betracht kommen.

## Halle und Saalkreis.

Halle, 27. Oktober.

### In der heutigen Versammlung

des Sozialdemokratischen Vereins werden die Neuwahlen der örtlichen Parteileitung, der Preßkommission und der Agitationskommission für den Regierungsbezirk vorgenommen. Da die Mitgliederzahl des Vereins inzwischen fast auf 2400 angewachsen ist, darf man hoffen, daß der Besuch auch ein dementsprechender sein wird. Das örtliche Parteileben kann nur gedeihen, wenn die Mitglieder an den Geschäften des Vereins regen Anteil nehmen.

### Herr Schirrmeister,

der schweigsame Verleger des „vornehmsten Organs" in Halle, befolgt auch diesmal die bekannte Taktik. Bis heute hat die Saale-Zeitung ihren Lesern noch keine Kenntnis von dem Prozeß geben dürfen, der in voriger Woche Herrn Schirrmeisters Prestige in so bedenklicher Weise ins Wanken brachte. Ganz natürlich! Würde die Saale-Zeitung den interessanten Prozeß in allen Einzelheiten, die demütige Unterwerfung des Verlegers Schirrmeister unter die Aerztekammer, die würdelose Ueberlassung der Auswahl der Opfer der Leserwelt zur Kenntnis bringen, gar mancher Unentwegte würde bedenklich das Haupt schütteln und sich an jene Veröffentlichung des Kreisblattredakteurs erinnern, der klipp und klar nachwies, daß nicht er der Redakteur war, sondern der Landrat des betreffenden Kreises. Aber ein liberales Organ mit dem Verleger als Chefredakteur ist denn doch ein so unwürdiges Verhältnis, daß es die Liebe des freisinnigen Zeitungslesers zu seinem Leib- und Magenblatt keineswegs erhöht. Also schweigt man sich aus und spielt weiter den geheimen Oberzensor. Der Profit über alles! Das ist Herrn Schirrmeisters Morgen- und Abendgebet. Die liberale Mannesehre mag darüber ruhig zum Teufel gehen. Herrn Schirrmeisters Privatkontor — wie es in eingeweihten Kreisen genannt wird — erfüllt seinen Zweck vortrefflich.

**Die Allgemeine Zeitung**

**macht verzweifelte Anstrengungen, um auf dem Lande Fuß zu fassen. Aus unserem Verbreitungsbezirke gehen uns Mitteilungen zu, daß die Einwohner der kleineren Städte und der** Gemeinden mit Exemplaren der Halleschen Allgemeinen Zeitung geradezu überschüttet werden. Nun hat gewiß jede Zeitung das Recht, ihre Ausbreitung in jeder ihr dienlich erscheinenden Weise zu fördern. Aber sehr mit Recht hebt einer unserer Leser hervor, daß auch auf dem Lande man nicht mehr jede Zeitung kritiklos hinnimmt; man prüft auch die Tendenz, beurteilt den Inhalt und — legt sie beiseite, wenn sie den politischen oder wirtschaftlichen Anschauungen des Lesers nicht entspricht. Das trifft in erfreulichem Maße auf die Arbeiter zu. Wir können diese Auffassung aus dem Entwickelungsgange des Volksblattes nur bestätigen. In jedem Quartal haben wir aus den ländlichen Distrikten Zuwachs bekommen; es dürfte im Regierungsbezirke Merseburg nicht viele Dörfer mehr geben, in welche das Volksblatt nicht gelangt. Und das, obwohl sich viele große und kleine Gemeindeautoritäten mit allen Mitteln bemühen, dem „Hetzblatte" den Eingang zu verwehren. Die wirtschaftlichen Interessen des Arbeiters wissen sich eben besser zur Geltung zu bringen, als die Bevormundungsgelüste der Kapitalisten und ihrer Helfershelfer.

Wenn die Hallesche Allgemeine Zeitung sich aufs Land flüchtet, so ist das nach ihrem Riesenerfolge in der Stadt schon begreiflich. Ganze 1500 Abonnenten sollen das Ergebnis der großzügig betriebenen Reklame für das Blatt sein, das ganz Halle erwartete. Damit können die Herren Balzow u. Ko. keine Geschäfte machen. Sie müssen allwöchentlich tief in den Beutel greifen, um das erhebliche Defizit zu decken.

Ob sie dazu auf die Dauer Neigung haben werden, bleibt abzuwarten.

### Muß die Entlassung des Schülers nach vollendetem 14. Lebensjahr erfolgen?

Eine wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung hat jetzt das Kammergericht gefällt. Nach der gegenwärtig herrschenden Auffassung können die 14 Jahre alt gewordenen Knaben und Mädchen vor Ablauf des begonnenen Schuljahres nur dann aus dem Unterricht zurückbehalten werden, wenn der Schuldeputation ein dahingehender Antrag vorliegt und wenn seitens der Schule ein Zeugnis über die ausreichende sittliche und Bildungsreife der zu entlassenden Knaben oder Mädchen erteilt werden kann. Die neuerliche Entscheidung des Kammergerichts hat in dem nachfolgenden Falle sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Ein Arbeiter in Leer (Provinz Hannover) hatte am 1. Dezember v. J. seinen 14 Jahre alten Sohn aus der Volksschule genommen und bei einem Handwerksmeister in die Lehre gegeben; er erhielt darauf ein Strafmandat wegen Schulversäumnisses seines Sohnes. Der Vater verweigerte die Zahlung der Geldstrafe und trug auf richterliche Entscheidung an, so daß die Angelegenheit zunächst vor das Schöffengericht kam. Dieses erkannte auf Freisprechung. Der Amtsanwalt legte Berufung ein; aber auch die zweite Instanz, die Strafkammer in Aurich, kam zu einem freisprechenden Urteil. Nunmehr legte die Staatsanwaltschaft Revision bei der höchsten Instanz, dem Kammergericht in Berlin, ein. Dieses hat jüngst entschieden:

„Die Revision der Staatsanwaltschaft Aurich wird zurückgewiesen, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last." In der Begründung des Urteils heißt es unter anderem: Gegenüber den maßgebenden gesetzlichen Vorschriften, die das Ende der Schulpflicht auf die Vollendung des 14. Lebensjahres festsetzen, erscheint es unzulässig, diese Bestimmungen dahin auszulegen, daß die Schulpflicht bis zu dem auf die Vollendung des 14. Lebensjahres folgenden Schulentlassungstermin dauern soll, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß eine derartige Ausdehnung der Schulpflicht im Interesse der Zwecke und Ziele des Unterrichts liegen würde. Da aber der Sohn des Angeschuldigten das 14. Lebensjahr vollendet hatte und nicht mehr schulpflichtig war, so mußte Freisprechung erfolgen.

Nicht erwähnt ist in dem Urteil des Kammergerichts, ob der Austritt aus der Schule mit dem vollendeten 14. Lebensjahre auch dann ohne weiteres erfolgen kann, wenn noch nicht eine volle achtjährige Schulzeit absolviert ist. Doch muß man dies logischerweise annehmen, da das Kammergericht sonst nicht vom vollendeten 14. Lebensjahre sondern von der beendigten achtjährigen Schulpflicht gesprochen hätte.

Es ist also nunmehr in ganz Preußen zulässig, mitten im Schuljahr die Kinder aus der Schule herauszunehmen, sobald sie 14 Jahre alt geworden sind. Das Kultusministerium wird die Schulbehörden mit entsprechenden Weisungen zu versehen haben.

* **Auf offener Straße erschossen** hat sich gestern nachmittag ein ca. 23jähriges Mädchen. In der oberen Leipzigerstraße zog gestern nachmittag 5 Uhr die Tochter des verstorbenen Rendanten Hallstadt — die Witwe desselben wohnt in Halle — einen Revolver hervor und schoß sich in den Mund. Man brachte sie in ein benachbartes Haus, wo sie nach wenigen Minuten starb. Es soll sich um eine Liebestragödie handeln. Als das Mädchen die Leipzigerstraße passierte, befand es sich in Gesellschaft eines jungen Herrn, angeblich eines Architekten von hier. Mit diesem soll sie ein Verhältnis gehabt haben. Ob die Auseinandersetzungen der beiden dazu geführt haben, daß das Mädchen auf der Stelle Selbstmord verübte, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Wie behauptet wird, ist der betreffende Herr nach der Katastrophe seines Weges gegangen, ohne sich weiter um das Mädchen zu kümmern. Der Vorfall hatte die Ansammlung einer großen Menschenmenge zur Folge.

* **Herr Restaurateur Knabe,** Mansfelderstr. 43, teilt uns persönlich mit, daß er die in der gestrigen Nummer des Volksblattes erwähnte Bemerkung im Dienstbuch seines früheren Dienstmädchens im vollen Umfange als richtig aufrecht erhält und gegebenenfalls den Wahrheitsbeweis durch sechs Zeugen erbringen will.

* **Neue Erfindungen.** Wochenbericht vom Patentbureau Kipp u. Büttner, Hamburg, Glockengießerwall 21, über: Patenterteilungen: Antriebsvorrichtung für Hebezeuge mit veränderlichem Uebersetzungsverhältnis; H. W. Schenk, Halle. — Gebrauchsmuster-Eintragungen: An der Lenkstange zu befestigende elektrische Fahrradlampe mit zwei Schiebedeckeln; G. K. Remus, Halle. Elektrische Armeelampe; G. K. Remus, Halle. Semmelmühle mit einer den Reibkegel tragenden hohlen Welle; G. L. Eberhardt, Halle. — Das Bureau erteilt unseren Lesern Rat und Auskunft in allen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichen-Angelegenheiten kostenlos.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Morgen, Freitag geht als 4. Vorstellung im Goethe-Zyklus das fünfaktige Schauspiel „Torquato Tasso" in Szene. Für diese Aufführung werden Schülerkarten für Parkett zum Preise von 1 M. an der Tages- und Abendkasse ausgegeben. — Am Sonnabend wird die komische Oper „Der Waffenschmied von Worms" gegeben. — Zu kleinen Preisen ist für Sonntag nachmittag das Lustspiel „Sein Prinzeßchen" und das Ballett-Idyll „Ein Erntefest" angesetzt; abends 7½ Uhr: „Othello".

* **Neues Theater.** Das Interesse für die Traumulus-Aufführungen im Neuen Theater ist ein so ungemein reges, daß das fesselnde Werk in dieser Woche allabendlich zur Aufführung kommen wird. Die nächste Novität des Neuen Theaters wird wieder ein Lustspiel sein und zwar aus der Feder des schon bestakkredidierten Lustspieldichters Hugo Lubliner und ist es betitelt: Ein kritischer Tag. Da die Nachfrage nach Billetts für die Aufführung von Sudermanns Ehre (Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 4 Uhr zu Einheitspreisen von 60, 40 und 20 Pf.) eine ungewöhnlich starke ist, ist es ratsam, sich rechtzeitig mit Billetts zu versehen, die schon jetzt sowohl an der Kasse des Neuen Theaters als auch in der Volksbuchhandlung, Geiststraße 21, ohne Vormerkgebühr zu haben sind.

**Könnern.** (Eig. Ber.) Durch den **Vorwurf der Pflichtwidrigkeit** soll der Stadtsekretär Gustav **Schimanowsky** den Bürgermeister Aderhold in Gerbstädt, mit dem er seit längerer Zeit auf dem Kriegsfuße steht, beleidigt haben. Schimanowsky war früher in Gerbstädt Stadtsekretär und mit seinem früheren Vorgesetzten Aderhold in Unfrieden geschieden. Der Streit zwischen den beiden Personen war deshalb entbrannt, weil der Stadtsekretär befürchtete, der Bürgermeister gehe mit dem Plane um, ihn vom Amte zu bringen. Fraglich sein sollte, ob der Stadtsekretär als Beamter anzusehen sei. Dieses sollte mit davon abhängig gemacht werden, ob er zu dem Alters- und Invaliden-Gesetz in einem versicherungspflichtigen Verhältnis stehe. Klebte er Marken, so sagte man, dann ist er nicht Beamter, klebte er nicht, dann sei er Beamter. In Welsleben, wo Schimanowsky früher gewesen, hatte er Marken geklebt, in Gerbstädt hingegen nicht. Zu der Annahme, der Bürgermeister von Gerbstädt wolle den Stadtsekretär los sein, war letzterer gekommen, weil das Stadtoberhaupt zu Stadtverordneten einmal gesagt haben sollte: Schimanowsky ist jetzt 7 Jahre im Dienst, wenn er noch 3 Jahre hier bleibt, dann ist die Pensionsberechtigung da und wir müssen ihn behalten. Mildherzige Stadtverordnete wollten aber den Stadtsekretär, der bereits einmal in einer Nervenheilanstalt gewesen war und sich krank gearbeitet haben soll, nicht entlassen. Die ergangene Kündigung wurde schließlich zurückgezogen. Als in dem Stadtverordnetenkollegium einmal davon die Rede war, weshalb Schimanowsky nicht geklebt habe, wurde entgegnet, die Stadtgemeinde könne damit sehr zufrieden sein, denn sie habe dadurch 5 Jahre an Beiträgen gespart. Als Schimanowsky schließlich hier bei der Polizei in Stellung war, beschwerte er sich in einem Schreiben an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt über den Bürgermeister Aderhold, der versucht habe, ihn als kranken Menschen vom Amte zu bringen. Der Bürgermeister fühlte sich beleidigt und Schimanowsky stand eines Tages in der Halleschen Strafkammer vor Gericht, wo der Staatsanwalt gegen ihn wegen gröblicher verleumderischer Beleidigung 2 Monate Gefängnis beantragte. Sein Verteidiger wies auf den Umstand hin, daß Schimanowsky als kranker Mann von dem Bürgermeister weggejagt worden sei. Das Gericht nahm nur einfache Beleidigung als vorliegend an und verurteilte Schimanowsky zu 100 M. Geldstrafe.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Zur Futternot in der Provinz Sachsen.

Die östreichische Regierung hat unterm 10. August d. J. ein Verbot der Ausfuhr von Futtermitteln erlassen. Unter Hinweis darauf bat der Verein für Getreidehandel zu Magdeburg die Handelskammer, dagegen Stellung zu nehmen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß wenigstens alle die Lieferungen, die vor dem Erlaß des Ausfuhrverbots abgeschlossen sind, ausgeführt werden dürfen. Die Kammer richtete daraufhin eine Eingabe an den Reichskanzler und den Minister für Handel und Gewerbe, worin es u. a. heißt: „. . . Dieses Ausfuhrverbot von Futtermitteln bedeutet eine schwere Schädigung des Getreide- und Futtermittelhandels unseres Bezirks. Die Provinz Sachsen, deren Verkehr mit Oestreich infolge der guten Wasserverbindung sehr lebhaft ist, erhält von dort regelmäßig bedeutende Mengen Futterartikel, insbesondere Oelkuchen, Kleie und Biertreber. So haben die hiesigen Händler, um dem infolge der lang anhaltenden Dürre eingetretenen empfindlichen Futtermangel nach Möglichkeit abzuhelfen, ganz besonders auch in diesem Jahre mit östreichischen Lieferanten große Abschlüsse auf Lieferung von Futtermitteln gemacht. Durch das von Oestreich-Ungarn überraschend und ohne Festsetzung einer Uebergangsfrist erlassene Ausfuhrverbot ist aber die Ausführung der umfangreichen Abschlüsse (falls die vom Ausfuhrverbot betroffenen Futterartikel nicht vor dem 12. August d. J. zum Transport ins Ausland mittelst der Eisenbahn oder zu Schiff zur Aufgabe gelangt sind) unmöglich gemacht worden. Die weitere Folge davon ist, daß unsere Händler die ihren Abnehmern gegenüber eingegangenen Lieferungsverpflichtungen nicht einhalten können." Bisher hat der Reichskanzler darauf noch nicht geantwortet.

**Zeitz.** (Eig. Ber.) Unfall. In der hiesigen Eisengießerei fiel ein 30 Pfund schwerer Eisenring dem Arbeiter Hillmann auf den Fuß und verletzte denselben derartig, daß Hillmann in seine Wohnung geschafft werden mußte.

— Freitag abend findet im Preußischen Hof ein Lichtbilder-Vortrag über den russisch-japanischen Krieg statt. Der hier schon bekannte Herr Beitzwanger-Nürnberg wird denselben halten. Das Thema selbst ist höchst aktuell, es beherrscht gegenwärtig die ganze Welt. Der Redner spricht gut und erklärend, sein Apparat zur Vorführung der Bilder arbeitet und funktioniert gut. Wir raten allen unseren Lesern den Besuch dieses Vortrags, die Arbeiterschaft insbesondere muß es sich angelegen sein lassen, recht zahlreich aber auch pünktlich zu erscheinen. Die Veranstaltung geht vom Gewerkschaftskartell aus.

**Weißenfels.** Die am Sonnabend nach der Stadt Naumburg einberufene Gewerkschaftsversammlung war von über 400 Personen besucht. Ueber das Thema Die Bedeutung der Genossenschaften für die Gewerkschaftsbewegung verbreitete sich Reichstagsabgeordneter v. Elm in ausgezeichneter Weise. Er führte aus, daß die erste Genossenschaft 1826 in England von einem Sozialisten Robert Owen gegründet wurde, zur Zeit politischer Unruhen und zum Zwecke der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Später ergriffen die zur Verzweiflung getriebenen Weber in Rochdale, 28 an der Zahl, dasselbe Mittel und gründeten eine Genossenschaft in Rochdale, die jetzt zur achtunggebietenden Macht geworden ist, infolge ihrer riesigen Ausbreitung. Auch in Deutschland wurden, wenn auch viel später, Konsumvereine gegründet, die ganz im bürgerlichen Fahrwasser segelten und nur den Zweck der Dividendenzahlung hatten. Ihr Gründer war Schulze-Delitzsch, der mit diesem Mittel die Ueberbrückung zwischen Kapital und Arbeit schaffen wollte. Unter diesen spießbürgerlichen Gesichtspunkten hat die Genossenschaftsbewegung vegetiert, und ist nicht vorwärts gekommen. Erst durch die Pflege der gewerkschaftlichen Organisationen ist auch der Resonanzboden für moderne Genossenschaften und Konsumvereine geschaffen worden. Die Einsicht muß sich Bahn brechen, daß das Zusammenfassen aller Kräfte auf dem Gebiete der Produktion und Konsumtion eine bessere Zukunft für die Arbeiterklasse schaffen kann. Daß es in Kreuznach auf dem Verbandstage mit dem Dr. Crüger zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0006

Bruch kam, ist die Folge der rückständigen, mittelstandsretterischen Ansichten der freisinnigen Führer gewesen. Diese Abschwenkung kann nur zum größten Vorteil der modernen Gewerkschaftsbewegung sein. Im weiteren führte Genosse v. Elm die Hamburger Verhältnisse der Gewerkschaften und Genossenschaften klar vor Augen und wies nach, daß genossenschaftliche Einrichtungen, wie Produktiv-Baugenossenschaften und Sparvereine den Mitgliedern einen Rückhalt bieten und einen großen Einfluß gewähren auf das wirtschaftliche Leben. Der im Genossenschaftswesen liegende Fortschritt wird gegenwärtig noch bekämpft aus den Kreisen der Kleinhändler und des Mittelstandes, aber nur aus egoistischen Gründen. In diese Bekämpfung greift auch jetzt der Staat und andere kurzsichtige Größen ein, die aber allesamt der Genossenschaftsbewegung keinen Halt bieten können. Fortschritt auf allen Gebieten ist die Aufgabe der Arbeiterklasse, die selbständig ihre Geschicke zu leiten vermag. Reichen Beifall erntete v. Elm am Schlusse seiner Ausführungen. C. R.

**Weißenfels.** (Eig. Ber.) Achtung, Schuhindustriearbeiter! Der Streik bei der Firma Reischel in Frankfurt a. O. dauert unverändert fort. Herr Reischel sucht in öffentlicher Annonce „Arbeitswillige". Er selbst weiß, daß er nur Leute gebrauchen kann, die bereit sind, den Streikenden in den Rücken zu fallen.

Die hiesige Firma Sack, Leipzigerstraße, ist bis auf weiteres für die Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher gesperrt.

**Bad Kösen.** Die Ortskrankenkasse, die in ihrer vor einigen Tagen abgehaltenen Generalversammlung den früheren Kassenarzt Dr. Risse wieder in seinen Posten einsetzte, berührte im weiterem Verlauf der Versammlung einige Punkte, die wir nicht unwidersprochen lassen können. Bei der unschönen Handlungsweise gegenüber dem Kassenarzt standen wir auf seiner Seite, was aber jetzt versucht werden soll, um den Arbeitgebern größeren Einfluß zu sichern und den der Mitglieder zu schmälern, das muß aufs schärfste verurteilt werden. Nach dem Bericht des Naumburger Kreisblattes hat zunächst ein Herr Siebold einen Antrag für die nächste Generalversammlung gestellt, daß auch die Mitglieder unter 21 Jahren eine Stimmvertretung durch ihre Arbeitgeber finden sollen. Wenn das so verstanden ist, daß die Arbeitgeber außer für die volljährigen Mitglieder auch noch für die Minderjährigen das Stimmrecht im Verhältnis der bei ihnen beschäftigten Arbeiter sollen ausüben dürfen, so bedeutet das eine Bevorzugung der Arbeitgeber, die dem Krankenversicherungsgesetz nicht entspricht. So gut die Minderjährigen nicht stimmberechtigt sind, haben auch die Arbeitgeber nicht das Stimmrecht für ihr Beitragsdrittel zu verlangen. — Dann hat Dr. Risse den Antrag gestellt, daß in Zukunft nur diejenigen Mitglieder der Ortskrankenkasse in den Generalversammlungen stimmberechtigt sein sollen, die mindestens vier Wochen Mitglied seien. — Aus diesem Antrage spricht eine große Naivität heraus. Zunächst hat der Kassenarzt, dem die Mitglieder nur freiwillig das Beratungsrecht einräumen können, überhaupt kein Recht, solche Anträge zu stellen. Wenn die Kassenmitglieder ihm eine beratene Stimme einräumen, tun sie schon viel mehr, als wozu sie verpflichtet sind, sie brauchen ihn überhaupt nicht zuzulassen. Auf jeden Fall berührt es sehr wenig sympathisch, wenn ein Angestellter, der eben erst wieder in seine Rechte eingesetzt wurde, jetzt derartige Anträge zu stellen versucht. Es mag dem Arzt nicht gut mitgespielt worden sein; so kleinlich sollte er sich aber doch nicht zeigen, für ein Unrecht Rache nehmen zu wollen, das ihm die Mitglieder vielleicht in Unkenntnis der Dinge zugefügt haben. Dann widerspricht der Antrag auch einem Paragraphen des Krankenversicherungsgesetzes, in dem es sagt, daß den Mitgliedern der Kasse das Stimmrecht nicht geschmälert werden darf, sondern daß alle das gleiche Stimmrecht haben." Die Mitglieder der Ortskrankenkasse tun gut, die nächste Versammlung recht zahlreich besuchen und diesen ungesetzlichen Anträgen eine glatte Ablehnung zu erteilen.

---

**Landsberg.** (Eig. Ber.) Der arme Mann. Muß da eines Tages der Ritterguts- und Steinbruchsbesitzer Biehler aus Reinsdorf sehen, wie einige Kinder Zuckerrüben auflesen, welche vom Wagen des Rittergutes Hohenturm heruntergefallen sind. Das wurmt den Herrn und er macht sich einem Arbeiter gegenüber in folgender Weise Luft: „200 Familien habe ich zu ernähren und wenn der Sonnabend da ist, fragt kein Mensch danach, wo's herkommt. Ihr wißt nicht, was Armut und Not zu bedeuten hat! Und da wird man noch bemaust! Wären das meine Rüben gewesen, da könnt Ihr Gift darauf nehmen, da hätte ich Anzeige erstattet." — So der Herr Biehler. Das haben die Arbeiter wirklich noch nicht gewußt, daß sie von dem Herrn Biehler ernährt werden. Das zu entdecken blieb der Weisheit des Herrn Ritterguts- und Steinbruchsbesitzers Biehler überlassen. Wenn nun aber die arbeitenden Hände dieser 200 Familien sich einmal einfallen ließen, die Arbeit ruhen zu lassen und dem Herrn zeigten, daß er sich von 200 Familien hat ernähren lassen? Was würde dann Herr Biehler sagen?

**Eilenburg.** Am Sonnabend referierte in ziemlich gut besuchter Versammlung Arbeitersekretär Güldenberg-Halle über die Versicherungsanstalt der Provinz Sachsen in sozialpolitischer Beleuchtung. Besonderes Gewicht auf die bevorstehenden Wahlen zu den verschiedenen Verwaltungskörpern legend, schilderte er die Wichtigkeit der Tätigkeit der verschiedenen Instanzen, gleichzeitig das so komplizierte Wahlsystem erläuternd. Der Referent bewies, daß es durchaus notwendig sei, dafür zu sorgen, daß nur tüchtige und intelligente Männer für diese Posten gewählt werden, wie sie aus den Kreisen der Gewerkschaften vorgeschlagen worden sind. Er schilderte die Schwierigkeiten, die bei Erlangung einer Rente, bei Uebernahme des Heilverfahrens usw. den Arbeitern gemacht werden, beleuchtete das Wesen der jetzt in Mode gekommenen Nachuntersuchungen mit der folgenden Entziehung der Rente usw. Der Redner erklärte dann, daß die Organisation das beste Mittel sei, die Arbeiterschaft zusammenzufassen, zu belehren und zur Ausnützung der bestehenden Gesetze zu erziehen. Einige Fragen aus der Mitte der Versammlung wurden schließlich noch durch den Referenten aufklärend beantwortet und weiter durch den Genossen Burkhardt, Vorsitzenden der hiesigen Allg. Ortskrankenkasse, die Erklärung abgegeben, daß die für Eilenburg in Betracht kommenden Kassen bereits Stellung zu den Wahlen genommen haben.

---

**Aken.** Die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft. Wie die Großeinkaufsgesellschaft dem Hamb. Echo mitteilt, entspricht die Nachricht über die Nichtgenehmigung der Seifenfabrik keineswegs den Tatsachen. Der Kreisausschuß zu Kalbe hat in der Sache selbst überhaupt noch nicht entschieden. Der Beschluß des Kreisausschusses lautet: „Das Verfahren ist einzustellen, die Kosten bleiben außer Ansatz." Zu diesem Beschluß ist der Kreisausschuß infolge einer Reihe formaler Fehler, insbesondere deshalb gelangt, weil der Amtsvorsteher, der die Ausschreibung vorgenommen hat, insofern einen Fehler beging, als die durch das Gesetz bedingte Mindestfrist von 14 Tagen, welche innerhalb des Tages der Ausschreibung bis zum Stattfinden des Termins liegen müssen, nicht eingehalten hat. Dieser Beschluß bedeutet keine Ablehnung. Es werden vielmehr unverzüglich die Pläne wieder eingereicht werden und somit das Verfahren von neuem eröffnet werden.

---

**Eisleben.** (Eig. Ber.) Schrader auf der Kreissynode. Diesen Mittwoch fand in der hiesigen Marktkirche die Kreissynode für den Seekreis statt. Anwesend waren 47 Geistliche, Kaufleute, Guts- und Rittergutsbesitzer, der Landrat von Wedell, Bergdirektor Schrader und andere auf fromme Sittlichkeit achtende Personen. Es wurde viel gesprochen über die „Mängel, Schäden und Flecken", die im kirchlichen Leben sich zeigen. Selbst unter der Fuchtel der Mansfelder Gewerkschaft will die Kirche nicht mehr recht gedeihen. Daß unser Genosse Christange seinen Austritt aus der Kirche erklärt hat und 14 Parteigenossen seinem Beispiele gefolgt sind, gab Anlaß zu längerer Aussprache. Aus frommem Munde wurde das Schlafstellenwesen, das unter dem Schutze der Gewerkschaft floriert, streng getadelt. Nicht weniger als 18 gerichtliche Verurteilungen wegen sittlicher Vergehen seien im letzten Jahre diesem Unfug entsprungen. Die zum Schutz der Sittlichkeit gegebenen Bestimmungen müßten streng durchgeführt werden u. s. w. Dann aber wurde Herr Schrader an eine Verfügung der Mansfelder Gewerkschaft aus dem Jahre 1886 erinnert, die jedem Arbeiter sofortige Entlassung androht, der sich nicht kirchlich trauen läßt. Hierauf erklärte Schrader, **er sei Feuer und Flamme dafür, daß diese Bestimmung streng durchgeführt werde.** Und als ein anderer Teilnehmer erwiderte, solchen Zwangsmaßregeln könne er nicht beipflichten, er verlasse sich lieber auf Jesum Christum, da ergriff Schrader nochmals das Wort und sagte etwa: „So habe ich's natürlich auch gemeint; mit Liebe und Freundlichkeit will ich dahin wirken."

Die Mansfelder Bergleute wissen nun, wofür Schrader „Feuer und Flamme" ist. Erheiternd war, daß die Synode ihrer Hoffnung Ausdruck gab, Herr Arendt werde als Abgeordneter dafür wirken, daß die Banden der christlichen Kirche wieder befestigt werden. Dazu eignet sich allerdings Arendt als getaufter Jude vorzüglich. — Amen!

**Königerode** im Mansf. Gebirgskr. (Eig. Ber.) Suchsland hilf! In unserem Oertchen hat der Gutsbesitzer Brachmann dadurch besonders bei den hiesigen Gastwirten Aergernis erregt, daß er neben seiner Landwirtschaft noch in aller Form eine nicht konzessionierte Gastwirtschaft betrieben und dadurch den hiesigen Gastwirten eine ganz bedeutende Konkurrenz bereitet haben soll. Man erzählte, Brachmann mache mit dem Biere mehr Geschäfte, als die vier hiesigen Gastwirte. Wenn die Gastwirtschaften nicht besucht sind, dann ist seine Bauernstube, in der Karte gespielt wird, von Gästen überfüllt. Das kommt daher, daß der Landwirt das Fläschchen Bier mit 7 Pfennigen, nämlich zum Einkaufspreise „abläßt", nicht etwa verkauft. Man hat schon lange daran gedacht, den berühmten Professor Suchsland von Halle einmal kommen zu lassen, um dieser agrarischen „Biergenossenschaft" ein Ende zu bereiten. Da im vorliegenden Falle der Genossenschafter aber ein Landwirt ist, glaubte man, Suchsland werde nicht anbeißen. Der Bierlieferant ist die Georgenbrauerei in Sangerhausen. Da man sich nicht anders zu helfen wußte, erstattete man Anzeige gegen Brachmann wegen unbefugter Ausübung des Schankgewerbes. Das Schöffengericht Wippra sprach den Angeklagten frei. Der Amtsanwalt legte gegen das Urteil Berufung ein, wodurch die Sache unlängst vor der Halleschen Strafkammer zur Verhandlung kam. Der Landwirt wußte sich zu helfen und sagte, er habe nur Bier wie jeder Privatmann erhalten. In seiner Liebenswürdigkeit habe er nur, um den Leuten auf dem Lande einen billigen Trunk zu verschaffen, seine Stube hergegeben, wo Karte gespielt wurde 2c. Er zahlte pro Flasche Bier 7 Pfennige und ließ sie auch für denselben Preis an die Trinker ab. Für seine Freundlichkeit bekam er ab und zu einen Kasten Bier „als Probe". Dieses Bier wurde aber nicht verkauft sondern verschenkt. Der Bierverleger der Brauerei bestätigte diese Angaben. Der Ortsgendarm sagt, in Königerode sei man der Ansicht, der Angeklagte betreibe neben seiner Landwirtschaft noch eine Kneipe. In jener Bauernstube versammelten sich immer viel Menschen. Allerdings bezahlten die Gäste nur 7 Pfennige pro Flasche. Aber dadurch werde den Gastwirten eine furchtbare Konkurrenz bereitet. Zur Sprache kommt auch, daß von der Brauerei an manche Gastwirte der 10., 15., oder 21. Kasten gratis verabreicht werde. Der Angeklagte hat auch einmal ein Achtel-Fäßchen Bier von dem Bierverleger aus „Gefälligkeit" erhalten. Der Staatsanwalt ist der Ansicht, der Angeklagte habe ohne Konzession das Schankgewerbe ausgeübt und beantragte wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung 21 M. Geldstrafe event. 7 Tage Gefängnis. Das Gericht erachtete den Angeklagten aber für nicht schuldig, verwarf die Berufung und sprach ihn frei. In der Urteilsbegründung hieß es, die Anklage gehe dem Gerichtshofe zu weit; da könne schließlich alles als steuerbar herangezogen werden. — Nun wird schließlich der Hallesche Professor doch hier erscheinen müssen; denn der weiß doch viel mehr als das Gericht.

---

**Aus Torgau** schreibt uns ein Parteigenosse im Auftrage mehrerer: Zur Berichtigung des Genossen Jakob in der Leipziger Volksztg. erklären wir, daß Jakob ausdrücklich gesagt hat: die Kartelle haben sich überlebt. Desgleichen führte er an, mit der Gründung eines Kartells sei auch ein Gewerbe-Schiedsgericht notwendig, und wir könnten die Kosten dafür nicht aufbringen. Deswegen hielten wir für notwendig, von Gründung eines Kartells abzusehen, weil die hiesigen Genossen infolge des Referats nicht zu bewegen waren. Hätte Genosse Jakob das nicht gesagt, dann hätten wir schon längst ein Kartell.

---

## Kleine Provinzial-Nachrichten.

Auf der Grube Flußschacht im Krummschlachtstale bei Uftrungen wurde durch niedergehendes Gestein der Bergmann August Dittmar an der rechten Seite gestreift und ihm hierbei das rechte Bein im Knöchel gebrochen. — In Schkeuditz ist nach Verübung erheblicher Unterschlagungen der Geschirrführer Edel, bei Spediteur Haase in Diensten, plötzlich verschwunden. E. war mit der Abfuhre der hier einlaufenden Bahngüter und Einkassieren der dafür zu zahlenden Geldbeträge betraut. — In Erfurt wurde das Dienstmädchen Adeline Schneider in Haft genommen, weil es ihr 5 Wochen altes Kind getötet und die kleine Leiche im Hausflur unter der Treppe eines Hauses versteckte. Das Mädchen war in einem Hotel bedienstet. — In Mühlberg ereignete sich in der Zuckerfabrik ein schwerer Unfall. Beim Auswechseln eines schadhaft gewordenen eisernen Saugrohres stürzte dieses mehrere Meter tief hinab und traf den Vorarbeiter Wenzel aus Koßdorf an Kopf und Beine. Der Schwerverletzte wurde sofort in das Krankenhaus übergeführt. In Eisleben wurde durch Explosion eines Acetylenapparates der Gastwirt Wedemeyer schwer im Gesicht verletzt. Durch einen entstehenden Brand wurde ein Teil der Gebäude eingeäschert.

---

## Gemeindezeitung.

**Nietleben.** In der am 21. Oktober stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung wurde zunächst unter den üblichen Formalitäten der Landwirt Albert Baufeld zum stellvertretenden Schöffen gewählt. Ferner wurde vom Vaterländischen Frauenverein durch seinen Schriftführer Herrn v. Krosigk an die Gemeinde das Ersuchen gerichtet, eine fromme Schwester als Krankenpflegerin im Orte zu stationieren. Die Gemeinde solle eine standesgemäße Wohnung beschaffen und einen laufenden Beitrag zur Unterhaltung auswerfen; dafür sollte diese Diakonissin in armen Familien unentgeltliche Krankenpflege leisten, während die besser Situierten noch besondere Tagegelder für beanspruchte Pflege entrichten sollen. Nach längerer Diskussion wurde man sich dahin einig, die umliegenden Amtsbezirke Lettin und Dölauer Heide zur Mitwirkung aufzufordern, desgleichen die reiche Kirchengemeinde von Nietleben; andernfalls müsse die Sache an dem hohen Kostenpunkte scheitern. — Als wichtigster Punkt stand der Bescheid des Bruckdorf-Nietlebener Bergbauvereins über die bekannte Wasserfrage auf der Tagesordnung. In einem sehr langen Schreiben beantwortete die Gewerkschaft zum dritten oder vierten Male den Antrag der Gemeindevertretung um klare Präzisierung ihrer Stellung zur Wasserversorgung der Gemeinde auf der einen und der früheren Privat-Brunnenbesitzer auf der anderen Seite. Während sich nun in den früheren Bescheiden die Gewerkschaft stets um den Kernpunkt der Frage herumgewunden hatte, gab sie diesmal klaren Bescheid dahingehend, daß sie den Bedarf der Privat-Brunnenbesitzer in den Bedarf oder Verbrauch der ganzen Gemeinde mit einrechnen müsse und nur dementsprechend ihre Verpflichtung anerkenne, während die Vertretung, nachdem sie sich unzählige Male mit dieser Sache beschäftigt, sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt hatte, die Verpflichtung der Gewerkschaft gegenüber den Brunnenbesitzern sei eine separate und von der Gemeinde getrennte. Nach langer und mit prinzipieller Schärfe geführter Diskussion über diesen Bescheid wurde die sogen. Wasserkommission, bestehend aus den Vertretern Obersteiger Thomas, Rentier Erpel und Lagerhalter Röder inkl. des Gemeindevorstehers, beauftragt, nochmals mündlich mit der Direktion der Gewerkschaft zu verhandeln und darnach will die Vertretung ihre Beschlüsse fassen und die Konsequenzen daraus ziehen. — Ein zur Tagesordnung stehender Antrag des Vertreters Schuhmann, die Sitzungen für die Zukunft in den Schulen abzuhalten, war daraus hervorgegangen, weil in der letzten Sitzung die Majorität beschlossen hatte, das Lokal des Herrn May, die Sonne, zu den Sitzungen unberücksichtigt zu lassen. Die Ablehnung des Antrages Schuhmann wurde damit begründet, daß der Gemeinde dadurch etwas Kosten für Feuerung und Licht erwachsen würden, auch würden dadurch diejenigen Wirte, bei denen bisher die Sitzungen abgehalten wurden, geschädigt. Demgegenüber geißelte Vertr. Röder die eigenartige Logik und Inkonsequenz, sowie die offene Parteilichkeit der Majorität. Seine Kritik und der Antrag selbst wurden gestützt durch die Landgemeinde-Ordnung, die ausdrücklich vorschreibt, daß die Sitzungen in der Regel nicht in Wirtshäusern oder Schenken abgehalten werden sollen. Trotzdem wurde der Antrag gegen drei Stimmen abgelehnt. — Eine Zuschrift des Halleschen Magistrats betr. die Durchführung der von der Peißnitz über den Weinberg nach der Heide geplanten „Prater-Allee" durch Nietlebener Flur wurde dahin beantwortet, daß mündliche Verhandlung darüber gewünscht würde. — Eine vom Gastwirt Weikardt eingegangene Beschwerdeschrift soll in der nächsten Sitzung erledigt werden; soweit es sich um eine angebliche Beleidigung durch den Gemeinde-Vorsteher handelt, versprach letzterer, dieselbe zurückzunehmen.

---

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

**Hohenmölsen.** Die Verwaltung des hiesigen Konsum-Vereins hat den Entschluß gefaßt, überall, wo es angängig ist und wo die Mitglieder in den entlegenen Ortschaften wohnen, Konsum-Vereins-Versammlungen abzuhalten. In zwei Ortschaften, in Zetzsch und in Zembschen, haben schon solche stattgefunden, welche beide gut besucht waren, namentlich von Frauen. In diesen Versammlungen wurde den Verleumdungen, die gegen den Konsum-Verein verbreitet worden sind, entgegengetreten und die nötige Klarheit unter die Mitglieder gebracht. Da der Konsum-Verein zur Eigenproduktion übergeht, eine eigene Dampfbäckerei errichtet, so ist alles bemüht, unsere Mitglieder „vor Schaden zu bewahren", am meisten die Bäckermeister von hier.

Da es den Bremsern, die erst unserer Genossenschaft angehörten, nicht nach Wunsch und Willen ging und trotz diesen die Bäckerei angenommen wurde, so entschlossen sie sich, einen eigenen Konsum-Verein zu gründen. Sie rechneten nun mit 500 Mann, die sich ihm anschließen werden; sie haben sich aber sehr verspekuliert, denn ihre Mitgliedschaft will nicht zunehmen, trotz ihrer 14 Prozent Dividende, die sie schon jetzt verteilt haben. Nach der letzten Einsicht in die Liste betrug die Mitgliedschaft 42 Mitglieder. Es wurde in den Versammlungen festgestellt, daß nun diese früheren Bremser in unserer Genossenschaft alle Hebel in Bewegung setzen, um unserer Genossenschaft die Mitglieder abzutreiben, und deshalb die Genossenschaft verleumden, wie früher. Daß dieses alles nichts helfen wird, haben die Versammlungen schon bewiesen. Sie haben gezeigt, daß die Mitglieder das Vertrauen auf die Genossenschaft wie auch auf die Verwaltung nicht verloren haben und auch nicht verlieren werden. Der nötige Zuspruch, den der neue Konsum-Verein beansprucht, wurde ihm abgesprochen, als der Schriftführer Heinold einen Brief verlas, der an den Konsum-Verein Hohenmölsen adressiert war. Derselbe war von einem Margarine-Fabrikanten abgegangen, welcher dem Konsum-Verein die 300 M. Darlehen kündigte weil er nicht genügende Aufträge für Margarine erhalten habe. Da nun unser Verein mit diesem Fabrikanten nichts zu tun hat, so ist es möglich, daß die Adresse verwechselt ist und dieses Schreiben den anderen Verein angeht. Es wurde nun betont, daß ein Verein, der auf so einer schwachen Grundlage aufgebaut ist, bald zu Grunde gehen muß und daß diejenigen Individuen, die unserer Genossenschaft erst als Bremser angehörten und unsere Genossen vor Schaden bewahren wollten, dieses erst in ihrer eigenen Genossenschaft tun mögen. Wieweit dies geschehen wird, werden wir nun sehr, ja sehr bald erfahren.

Auf die nächsten Sonntag, den 30. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Schützenhaussaale stattfindende General-Versammlung sei noch aufmerksam gemacht. Alle Mitglieder sowie deren Frauen seien hierdurch herzlich eingeladen. Es sind die Wahlen für nächstes Jahr vorzunehmen. Es scheiden drei Genossen im Aufsichtsrate und einer im Vorstand aus. Für den Vorstand hat die Verwaltung Vorschläge zu machen, und wir werden ihnen zustimmen oder sie ablehnen. Für die drei zu wählenden Genossen in den Aufsichtsrat sind sich die Genossen schlüssig geworden und haben die drei Genossen Wilhelm Mohaupt-Hohenmölsen, Gustav Scheibe-Hohenmölsen und Robert Fischer-Zembschen vorgeschlagen. Es sei bemerkt, daß diese Genossen in jeder Beziehung ihre Pflicht erfüllt haben, und den Genossen wird empfohlen, den Vorgeschlagenen ihre Stimme zu geben. A. S.

---

## Versammlungsberichte.

### Bauarbeiter.

Mitglieder-Versammlung vom 18. Oktober im Englischen Hofe. Nachdem 6 Kollegen aufgenommen waren, gedachte Kollege Labes des verstorbenen Kollegen Otto Christian sowie des Genossen Albert Schmidt. Die Versammlung ehrte sie durch Erheben von den Plätzen. Hierauf erstattete der Kassierer Bauer den Kassenbericht über das 3. Quartal. Die Kasse wurde von den Revisoren für richtig befunden und Entlastung erteilt. Ueber die nochmals von der Bauarbeiterschutzkommission angeregte Frage wurde folgender Antrag angenommen:

**Die heutige Mitglieder-Versammlung erklärt sich mit der prozentualen Verteilung der Unkosten sowie Entschädigung**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0007
DFG

bei Aufnahme von Statistiken nur dann einverstanden, wenn der eventuelle Mehraufwand an Lohn von seiten unserer Kollegen von betr. Kommission getragen wird und nur zentralistische Gewerkschaften in der Bauarbeiter-Schutzkommission vertreten sind.

Ferner wurde die Ortsverwaltung beauftragt, die Ehrenhaftigkeit des Arbeitgeberbundes über unsere Lohnverhältnisse der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. Ausgeschlossen wegen Verdächtigungen der Ortsverwaltung sowie Schädigung unseres Verbandes wurde Gustav Thum. Hierauf Schluß der Versammlung. (Eingeg. am 26. ds.)

## Eingesandt.

### Militärkapellen und Zivilmusiker.

Schon oft wurde darauf hingewiesen, daß eine große Zahl junger Männer ihrer Zivilbeschäftigung entzogen wird, um sie beim Militär als Burschen, Handwerker, Musiker 2c. zu verwenden.

Namentlich die hohe Zahl der letzteren Kategorie hat oft genug allgemein befremdet. Daß junge Männer zum Dienst mit der Waffe ausgebildet werden, wird bekanntlich von den „staatserhaltenden" Parteien als zum Schutz des Vaterlandes für nötig erklärt.

Wie in aller Welt will man denn aber das Halten von vielen Tausend Musikern beim Heere begründen? Die Signalbläser und Trommler, die schon in genügender Anzahl bei den Truppen gehalten werden, meinen wir nicht, sondern die „Regimentskapellen", die durchgängig sogar viel stärker sind, als sie etatsmäßig sein dürfen.

In der Hauptsache dienen diese Kapellen dem Vergnügen der Offiziere, denn sie müssen zu deren Bällen, Liebesmahlen, Geburtstagen usw. aufspielen. Sodann treiben aber diese Kapellen auch eine regelrechte Geldverdienerei im weitesten Maße.

Sie begnügen sich nicht damit, am Garnisonorte Musik fürs Geld zu machen, sondern sie reisen auch vielfach — oft monatelang — im Lande herum, überall den Zivilmusikern — die ohnehin ein kärgliches Dasein führen — Konkurrenz machend.

Berücksichtigt man, daß die Militärmusiker vom Steuerzahler in Kleidung, Wäsche, Kost 2c. unterhalten werden müssen, und daß sie dann einem Teil ihrer Erwerber — das sind die Zivilmusiker — überall Konkurrenz machen, so zeigt dies schon die unrechtmäßige Stellung der Militärmusiker. Dazu kommt, daß die letzteren bei Geschäftsreisen auf Militärbilleti fahren, während der Zivilmusiker das volle Fahrgeld bezahlen muß.

Wie weit die Stabstrompeter ihre Geschäftsencherei unter den Augen ihrer Regimentskommandeure treiben dürfen, sieht man bei der Kapelle des Feldartillerie-Regiments Nr. 55 in Naumburg a. S. Deren Stabstrompeter Bührig möchte am liebsten alle Zivilkapellen ersetzen. Im verflossenen Jahre hat er mit der Artilleriekapelle wochenlang in Berlin, Hamburg, Leipzig, dann wieder in allen anderen Gegenden gespielt. Die Mannschaften des Regiments haben ihre Kapelle selten spielen hören, zum Manöver aber gar nicht. Den Artillerietrompetern scheint das Reisen selbst zu viel zu werden, denn 1903 schieden 12 und dieses Jahr 9 Mann aus.

Aber Bührig hat nicht genug mit seinen 26 Militärmusikern. Er beschäftigt sogar fortwährend Fuhr- und Postbeamte, die früher Militärmusiker waren, als „feine Leute". Ja, es ist sogar vorgekommen, daß er Zivilmusiker in Artilleriemiform gesteckt hat, um sie zur Verstärkung seiner Kapelle zu verwenden. Ferner hat er bei einer Lustbarkeit annonciert: „Musik vom Trompeterkorps des Feld-Artillerie-Regiments Nr. 55", und in Wirklichkeit spielten **3 Trompeter und 5 Zivilmusiker** (Beamte), während das Trompeterkorps in Leipzig spielte. So werden schließlich noch die Zivilmusiker den Stabstrompetern untertänig gemacht.

Solche Mißstände können nur durch das gänzliche Verbot, daß die Militärkapellen gegen Bezahlung konzertieren dürfen, beseitigt werden. In Frage kommt ferner, ob die Militärkapellen überhaupt in der jetzigen Stärke fortbestehen dürfen.

B. O.

## Aus dem Reiche.

**Berlin.** In der archäologischen Abteilung der Weltausstellung in St. Louis wurde dem deutschen Kaiser für die Saalburg-Ausstellung der große Preis zuerkannt.

— Unter dem dringenden Verdacht, die Prostituierte Frau Wascher in der Bauerstraße ermordet zu haben, wurde auf Ersuchen der hiesigen Kriminalpolizei der frühere Bäcker August Mühlethaler in seiner Heimat Bern verhaftet.

**Münster.** Die bürgerliche Presse berichtet: Mit aufgepflanztem Seitengewehr drang Sonntag abend der Posten vor der Aegidikaserne auf den Arbeiter Knaup ein und brachte ihm eine unbedeutende Verletzung bei. Es entstand ein großer Menschenauflauf.

**Mannstadt.** In der hiesigen Zuckerfabrik hat sich ein schrecklicher Unfall zugetragen. Als Kommerzienrat Schmidnin, der Direktor der Zuckerfabrik, die Siedergalerie inspizierte, stürzte er hinein und erstickte.

**Solingen.** Die Unterschlagungen, die der verhaftete Rendant Vogt aus Wald zum Nachteile der Ortskrankenkasse und der Alters- und Invalidenversicherung begangen hat, belaufen sich auf insgesamt 66 000 Mk. Auf die erstere Kasse entfallen 30 000 Mk., auf die letztere 36 000 Mk. Vogt ist mit großem Geschick und viel Ueberlegung zu Werke gegangen; er hat zahlreiche Unterschriften von Aerzten gefälscht und falsche Eintragungen in Bücher gemacht. Die Unterschlagungen erstrecken sich auf etwa zehn Jahre.

**Elberfeld.** In der Reformkirche in Sonnborn wurde ein Einbruch verübt und zahlreiche silberne Teller und Abendmahlsgeräte entwendet. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

**Köln.** Der von Köln nach Frankfurt abgehende süddeutsche Schnellzug erlitt dadurch einen Unfall, daß in der Station Kalk ein Packwagen aus dem Gleise sprang und auf die Seite geschleudert wurde. Dem Packmeister wurde ein Arm und ein Bein abgefahren, er verstarb alsbald, mehrere andere Bahnbeamte wurden teils schwer, teils leicht verletzt.

**Düsseldorf.** Der hier wohnende Rentner Wilhelm Hodes feuerte auf seine Ehefrau, weil diese ihm einen kleinen Geldbetrag verweigerte, einen Schuß ab und verletzte sie tödlich.

## Vermischtes.

* **Sehnsucht nach der Landesmutter** macht sich in bürgerlichen Kreisen Sachsens bemerkbar. Es sind Adressen in Umlauf gesetzt worden, durch deren Massenunterzeichnung bewiesen werden soll, daß die Sympathien für die einzige Kronprinzessin Luise, die jetzt Königin sein würde, noch nicht erloschen sind. Luise wohnt, nebenbei bemerkt, zurzeit mit ihrem jüngsten Töchterchen auf Schloß Wartegg bei Rorschach am Bodensee.

* **Luise von Koburg.** Das Oberst-Hofmarschallamt hat der Forderung der Prinzessin Luise von Koburg entsprochen und die Pflichten Magnan und Garnier als Sachverständige zur letzten Prüfung des Geisteszustandes der Prinzessin bestellt. Die Untersuchung wird in Paris vorgenommen und das Tribunal des Seine-Departements zur Durchführung der nötigen Schritte ermächtigt werden. — König Leopold erhöhte die Jahresapanage der Prinzessin Luise von Koburg von 30 000 auf 50 000 Francs. Die Kosten bei der Untersuchung des Geisteszustandes der Prinzessin werden aus der Kuratelmasse bestritten.

Der Redakteur Huret hatte mit der Prinzessin eine Unterredung über ihre Jugend und die Vermählung mit dem Prinzen Koburg. Ihre Jugend habe sie im Brüsseler Palast verlebt, als sie 14 Jahre alt gewesen, sei der Prinz Koburg am Brüsseler Hofe erschienen, sie habe ihn da zum erstenmale gesehen. Kaum 15jährig, habe der Prinz um ihre Hand angehalten, ihre Eltern hätten dem Prinzen aber bedeutet, er möge sich erst die Welt ansehen. Der Prinz sei darauf nochmals erschienen, und auf Drängen ihrer Eltern habe sie in die Vermählung eingewilligt. Sie habe mit dem Prinzen ein abgeschlossenes Zimmer aufsuchen müssen, dort habe er ihr seinen Antrag gemacht, sie habe aber nichts davon verstanden und sei fortgelaufen. Mit siebzehn Jahren sei sie an den Prinzen vermählt worden. Sie habe den Prinzen vom ersten Tage ihrer Ehe gehaßt. Sie habe ihrer Mutter gegenüber wiederholt von Ehescheidung gesprochen, aber diese habe ihr erklärt, daß sie als Christin ihre Ehe nicht scheiden lassen dürfe.

* **Ein Hoch auf den lieben Gott — 10 Mark Geldstrafe.** Zehn Mark Geldstrafe für fünf Worte ihrer Festrede setzte das Schöffengericht in Blankenburg gegen die Ehefrau Wilhelmine See aus Hüttenrode wegen groben Unfugs fest. Die Angeklagte war auf dem Grasfest in Hüttenrode Graskönigin und schwang auf dem Festplatze eine schwungvolle Rede. Dabei war sie aber so in Schwung gekommen, daß sie die Festrede mit den Worten schloß: „Der liebe Gott lebe hoch!" Dafür muß die schneidige Rednerin zehn Mark blechen.

* **Selbstmord eines katholischen Geistlichen.** Der katholische Pfarrer Alois Niedermeier in Holzkirchen (Bayern) ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Gründe, die den erst 28jährigen Mann in den Tod getrieben haben, lassen sich nicht mit Bestimmtheit angeben.

* **Wieder ein Opfer der Röntgen-Strahlen.** Infolge längerer Experimente mit Röntgen-Strahlen hat sich, wie aus Newport berichtet wird, der Arzt Dr. Louis W. Weigel in Rochester, Newport, derartige Verletzungen an den Händen zugezogen, daß ihm dieser Tage die rechte Hand oberhalb des Handgelenkes und die drei Mittelfinger der linken Hand abgenommen werden mußten. Die Operation wurde im Beisein bedeutender medizinischer Autoritäten vorgenommen.

* **Großer Diebstahl.** Ein Einbruch wurde in der Montagnacht zu Kopenhagen in dem Geschäft des Hofjuweliers Michelsen verübt. Die Diebe haben zwei starke Türen gesprengt, von denen die innerste eins fast dickem Eisen war. Nach bisheriger Feststellung sind Goldsachen im Werte von 200 000 Kronen gestohlen worden. Die Diebe haben ihr Werkzeug im Geschäft zurückgelassen. Nach Ansicht der Polizei ist der Einbruch von ausländischen Einbrechern verübt worden.

* **Einen nächtlichen Ballonaufstieg** unternahm Lebaudy Montag spät abends zum ersten Male. Die Versuchsfahrt fiel befriedigend aus.

# Letzte Nachrichten.

### Massendesertionen aus Rußland.

**Lemberg**, 27. Oktober. Gestern passierten hier mittelst Eisenbahn 1000 russische Deserteure die Grenze; sie begeben sich über London nach Amerika.

**Warschau**, 27. Oktober. Nach Meldung aus Sosnowice sollen daselbst neuerdings große Demonstrationen gelegentlich der Einberufung der Reservisten stattgefunden haben. Der Bürgermeister, sowie die Geistlichkeit, die auf dem Bahnhofe erschien, um die Truppen zu segnen, wurden aus diesem **hinausgeworfen.** Mehrere Reservistenfrauen starben vor Schreck, ein Reservist hat seine Kinder, seine Frau und sich selbst entleibt. — Viele Soldaten desertierten.

### Russisch-englischer Konflikt.

**Vigo** (Spanien), 27. Okt. Gestern haben hier 3 russische Kriegsschiffe und 1 Transportschiff Anker geworfen. Im Verlauf längerer Unterhandlungen erteilte der Hafenkommandant dem Admiral den Befehl, daß die Schiffe keine Kohlen einnehmen dürften und den Hafen zu verlassen hätten. Daraufhin begab sich der Admiral zu dem Kommandanten und erwirkte schließlich die Erlaubnis zur Einnahme von Kohlen.

**Vigo**, 27. Okt. Bei der gestrigen Anwesenheit des baltischen Geschwaders im hiesigen Hafen sandte der Hafenkommandant einen Offizier an die Kapitäne der verschiedenen Kohlendampfer, um ihnen die Befehle der spanischen Regierung bezüglich der Neutralität nochmals dringend zu wiederholen. Um 2 Uhr nachmittags begab sich Admiral Roschdjestwenski, begleitet von den Schiffskommandanten, zum Militärgouverneur, dem französischen Konsul und dem Hafenkommandanten und gab sein Ehrenwort, keine weiteren Kohlen in den spanischen Gewässern an Bord zu nehmen. Er hat um die Erlaubnis, 400 Tonnen pro Schiff zu laden, damit er Tanger erreichen könne.

**London**, 27. Okt. Im Hafen von Portsmouth machen sich Anzeichen ungewöhnlicher, kriegerischer Vorbereitungen bemerkbar. Gestern wurde der Befehl gegeben, die Fertigstellung gewisser Reserveschiffe mit größter Beschleunigung zu betreiben.

**London**, 27. Okt. Aus diplomatischer Quelle verlautet, die englischen Forderungen seien in Petersburg **in der Form eines Ultimatums** überreicht worden, nach dessen Ablauf 3 englische Geschwader ihre Weisungen ausführen werden. Es soll der russischen Ostseeflotte nicht gestattet werden, Gibraltar früher zu verlassen, als bis die englischen Forderungen erfüllt seien.

**London**, 27. Okt. Infolge spät abends der Regierung von Petersburg aus zugegangener Meldung wurde der Befehl zum Auslaufen der Flotte wieder zurückgezogen. Im Auswärtigen Amte beurteilt man die Lage nunmehr wieder ruhiger.

**London**, 27. Okt. Aus Gibraltar wird telegraphiert, daß auch dort in den Docks Tag und Nacht gearbeitet wird. Die Kanalflotte geht wahrscheinlich sofort in See, sie wird mit der Festung durch Funkentelegraphie in Verbindung bleiben. Zwei Divisionen des Mittelmeergeschwaders werden hier erwartet.

### Ein zweites Löbtau.

**Rostock**, 27. Oktober. Das Schwurgericht zu Güstrow erkannte gestern gegen den Arbeiter Hans Ebert auf **15 Monate Zuchthaus**, gegen den Vorichnitter Stanislaus Andzinski auf **12 Monate**, den Arbeiter Wilhelm Sarkander auf **10**, den Tischler Hermann Mau auf **6**, den Arbeiter Christian Drews auf **8**, den Stellmacher Wilhelm Ehlert auf **8**, den Arbeiter Fritz Hartmann auf **8**, den Schmied Friedrich Schleichert auf **8** und den Arbeiter Wilhelm Hucksdorf ebenfalls auf **8 Monate Gefängnis.** Der Arbeiter Markowski wurde freigesprochen.

Die Angeklagten sollen am 2. Juni d. J. gelegentlich einer Menschenansammlung bei der Rostocker Bauarbeiteraussperrung den Polizeibeamten und einigen Soldaten Widerstand geleistet haben und waren deshalb des Aufruhrs angeklagt.

**Dresden**, 27. Okt. Der König hat im entschiedensten Tone die Rückkehr seiner geschiedenen Frau abgelehnt. Die an den König gerichtete Petition, welche das Verlangen stellte, kursierte nicht öffentlich, soll aber etwa 100 000 Unterschriften gefunden haben.

**Hamburg**, 27. Okt. Mit dem Dampfer „Gertrud Woermann" sind gestern 25 Offiziere, 375 Mannschaften sowie 375 Pferde nach Deutsch-Südwestafrika abgegangen.

**Berlin**, 27. Oktober. Die Verstärkungen, die in nächster Zeit nach Südwestafrika abgehen sollen, sind auf 2000 Mann beziffert. Weitere werden folgen.

## Briefkasten der Redaktion.

**Pirkau.** Kein Schulknabe kann zu irgend einem Kirchendienste gezwungen werden, weder zum Läuten noch zum Chorsingen noch zu sonst einer Dienstleistung für die Kirche. Ebenso ist es durchaus ungehörig, die Schulstuben durch Schulmädchen fegen und reinigen zu lassen. Es wird endlich an der Zeit, daß die Arbeiter ihre Gutmütigkeit nach dieser Richtung ablegen und ihren Kindern einfach verbieten, solche Arbeiten zu übernehmen.

## Standesamtliche Nachrichten.

**Halle** (Süd, Steinweg 2), 25. Oktober.

**Aufgeboten:** Arbeiter Leinung u. Helene Hocke (Bernhardystraße 11 und Gottesackerstr. 16). Arbeiter Drese und Minna Haie (Bielen und Leimbach). Konditor Koch und Lucie Pfeiffer (Halle und Aschersleben).

**Geboren:** Bremser Jacobitz T. (Delitzscherstr. 76). Schlosser Wendel T. (Thomasiusstr. 47). Gastwirt Bratfisch T. (Dryanderstraße 22). Orgelbauer Stiller T. (Ludwigstr. 15).

**Gestorben:** Metalldreher Petzold, 35 J. (Stechenhausstiftung). Restaurateur Möhring S., 7 Mon. (Sternstr. 5 a). Kaufmanns Lippmann T., 5 J. (Elisabethkrankenhaus).

26. Oktober:

**Aufgeboten:** Kaufmann Strömer u. Elisabeth Maaß (Lindenstraße 53 und Hamburg). Schaffner Zander und Anna Riemer (Kronderserstr. 12 und Am Güterbahnhof 1). Arbeiter Ernst und Lynie Dehne (Ritterstr. 17). Diätar Schulz und Else Krüger (Gr.-Salze und Gardelegen).

**Eheschließung:** Bremser Mühlner und Helene Radloff (Jakobstr. 44).

**Geboren:** Tischler Schumann S. (Töuringerstr. 23). Klempner Schmidt T. (Meckelstr. 8). Arbeiter Dietze S. (Kochstraße 9). Bäcker Fischer T. (Gr. Sandberg 9). Kaufmann Alpers T. (Fürstenstr. 8).

**Gestorben:** Arbeiters Kraft S., 2 Woch. (Schmiedstr. 31). Maurers Remme Ehefr., 32 J. (Klinik). Geschirrführers Dietrich Ehefr., 50 J. (Stechenhausstiftung). Arbeiter Willuo, 33 J. (Augenklinik). Postbote Bartholomäus, 24 J. (Elisabethhaus).

**Halle** (Nord, Burgstraße 38), 25. Oktober.

**Aufgeboten:** Tapezierer Hannappel und Martha Weber (Friedrichsplatz 4 und Naumburg). Arbeiter Großmann und Pauline Frey (Nietleben und Seebenerstr. 65).

**Eheschließung:** Sergeant Pfeil u. Else Dippold (Dessauerstraße 70 und Hohenzollernstr. 6).

**Geboren:** Feuerwehrmann Vogel S. (Ackerstr. 1). Gelbgießer Köppke S. (Burgstr. 59). Schuhmachermstr. Hechler S. (Große Gotenstr. 39). Arbeiter Schwarz T. (Lessingstr. 21). Brauer Albrecht T. (Gr. Gosenstr. 28).

**Gestorben:** Geschirrführers Kohlmann Ehefr., 38 J. (Saalwerderstr. 9).

26. Oktober:

**Geboren:** Restaurateur Walther S. (Mühlrain 1). Schmiedemeister Mühlvordt T. (Reilstr. 8). Vizefeldwebel Klotz S. (Dessauerstr. 70).

**Gestorben:** Schaffner a. D. Schöne, 68 J. (Gr. Brunnenstraße 36). Privatiere Müller aus Eilenburg, 51 J. (Rosenstraße 9). Baurat Moritz aus Erfurt, 57 J. (Klinik).

**Zeitz**, vom 17. bis 23. Oktober.

**Eheschließungen:** Tischler Meinhardt und Selma Wagner. Bergolder Sommerlatte und Marie Neupert. Bäcker Wagner und Lina Jäger. Schmied Leine und Helene Ulbricht. Schlosser Meinhardt und Emilie Dietze. Weber Winkelmann und Elie Röiner. Drogist Wolff und Frida Walther. Kaufmann Günther und Klara Kobisch. Maurer Kuhn und Anna Reiche. Tischler Wagner und Lina Meschke. Kaufmann Stegemann und Wilhelmine Möbst. Arbeiter Plöttner u. Hedwig Martin. Arbeiter Helbert und Anna Härtel. Rittergutsbesitzer Schantz u. Gertrud Steinau.

**Geboren:** Bäckermeister Dürre S. Arbeiter Hillner T. Schmied Hüttig T. Glaser Göthling S. Schmied Lehmann T. Heizer Nitsche S. Arbeiter Matthes S. Arbeiter Weber S. Arbeiter Müller S. Maler Glinichert S. Arbeiter Fichtler T. Arbeiter Teichert S. Wagemeister Krause S. Verst. Maurer Langendorf T. Tischler Boede T. Töpfer Knoepfel S. Lehrer Hebecker T.

**Gestorben:** Gustav Hemmann, 55 J. Ernst Hering, 48 J. Pauline Bernshausen geb. Härtel, 60 J. Elsa Schmidt, 17 J. Ida Eichhorn, 19 J.

## Quittung.

Zu Parteizwecken von G. Sch., Nietleben 50 Pf. Gr.

**Sangerhausen-Eckartsberga.** Im Monat September durch Genossen Kirchner an freiwilligen Beiträgen 1.20 Mk. erhalten. Franzke.

**Kretzschau.** Auf Listen gingen ein: Nr. 38 durch F.-Grana 2.40, 431 S.-Grana 4.15, 433 W.-Grana 1.80, 435 Gr.-Gladitz 1.45, 436 Hüng-Kretzschau 8.90 Mark. W. G., Kassierer.

**Zeitz.** Einnahme auf Sammellisten im 3. Quartal: Nr. 7*, 29 1.85, 30 11.55, 31 1.75, 32 3.75, 45 —.50, 46 5.70, 47 6.05, 48 —.25, 49 2.65, 50 —.45, 51 2.50, 52 1.82, 53 1.10, 54 2.10, 55 2.—, 56 —.25, 57*, 58 3.80, 59 1.57, 60 2.90, 61 2.25, 62 3.90, 63 3.65, 64 1.30, 65 —.65, 66 3.45, 67 —.44, 68 1.30, 69 6.80, 70 1.60, 71 2.45, 72 1.65, 73*, 74 9.50, 75 1.40, 76 3.60, 77*, 78*, 79 3.—, 80 —.65, 81 1.75, 82 —.80, 83 1.15, 84 —.25, 85 leer, 86 4.95, 87 4.35, 88 —.95, 89 14.90, 90 3.30, 91 10.25, 92 1.65, 93 3.70, 94 1.50, 95*, 96*, 97 1.50, 98 2.05, 99 2.50, 100 —.60, 101*, 102*, 103 1.40, 104*, 105 5.25, 106 1.50, 107 —.50, 108*, 109 9.90 Mark.

Die mit * bezeichneten Listen stehen noch aus. Otto.

## Verzeichnis

der größeren Lokale in Halle und dem Saalkreis, welche der **Arbeiterschaft** zu Versammlungen 2c. zur Verfügung stehen:

In **Halle**:

**Belleyue**, Lindenstraße,
**Goldener Hirsch**, Obere Leipzigerstraße.
**Konzerthaus**, Karlstraße.
**Drei Könige**, Kl. Klaus- u. Olearinsstr.-Ecke.
**Moritzburg**, Harz,
**Weißes Roß**, Geiststraße,
**Englischer Hof**, Großer Berlin.
**Köppchens Lokal**, Unterberg (früher Faulmann)
**Erholung**, Martinsberg 6, Inh. Kautzsch.
**Schrammsche Restaurant**, Merseburgerstr. (Göst's Hof)
**Glauchaisches Schützenhaus (Ballsäle)** Lerchenfeldstraße.

In **Giebichenstein**:

**Burgtheater, Wilhelmshöhe,**
Hoheitstraße. Burgstraße.

**Trotha: Gasthof zum Adler.**
**Bernsteins Restaurant**, Götzschestraße.

**Kröllwitz: Lindenhof.**
**Nietleben: Gasthof zur Sonne.**
**Osmünde: Gasthof von Augustiniak.**
**Burg** bei Radewell: **Restaurant zum Burgschlößchen.**

**Der Vertrauensmann.**

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041028-14/fragment/page=0008